

NACHRICHTEN

Nachruf: Jochen Stay Jochen war eines der wichtigsten Gesichter der Anti-Atomkraft-Bewegung.

3

BEWEGUNG

Nach G20 in Hamburg: Die Verfolgung per Polizeidatenbank geht weiter.

5

THEORIE

Die Ideen von John Holloway weiterdenken: die Schattenwirtschaft als Graswurzelrevolution?

6

BIOTONNE

In der Justiz herrscht bislang Uneinigkeit über die Verfolgung von Abseilaktionen über Autobahnen.

13

SCHWERPUNKT



▲ Mehr für Care!-Aktionstag in Graz im Juni 2021 mit den drei Konjunkturpaketen

Foto: schu

Care ist mehr!

In Österreich ist im vergangenen Jahr eine neue Initiative im öffentlichen Raum sichtbar geworden: »Mehr für Care!«, mit dem Motto »Für eine Wirtschaft, die allen dient«. Nach den Krisen der letzten beiden Jahrzehnte, so die Initiatorinnen, ist es Zeit für einen Perspektivenwechsel.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Seit Beginn der zweiten Frauenbewegung war die unbezahlte Arbeit der Frauen ein Thema, verschiedene Vorschläge wurden zur Lösung angeboten, etwa »Lohn für Hausarbeit«. Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts hat sich der Fokus aber auf die Forderung nach Gleichstellung verlegt. Frauen sollten die gleichen Möglichkeiten im Arbeits- und Wirtschaftsleben haben. Die dazugehörige Forderung der Beteiligung der Männer an der unbezahlten Arbeit nach dem Motto »Halbe-Halbe« verhallte bisher weitgehend ungehört. In Zusammenhang mit den negativen Auswirkungen des aktuellen Wirtschaftssystems und

den notwendigen Systemänderungen zur Bekämpfung des Klimawandels kam es zu einem neuerlichen Umdenken. Der Begriff »Care« hat dabei einen Bedeutungswandel erfahren. Wurde er davor hauptsächlich für einen bestimmten Wirtschafts- oder Arbeitsbereich verwendet, nämlich jenen der Pflege, wird nun selbstbewusst festgestellt, Care-Tätigkeiten seien die Basis auch der monetarisierten Wirtschaft, ohne diese wäre das kapitalistische System nicht lebensfähig.

2012 hat Marianne Gronemeyer in ihrem Buch »Wer arbeitet sündigt« bereits festgestellt, ein zerstörerisches System werde dadurch nicht besser, »wenn Frauen auch noch mitmachen«, und damit die Gleich-

stellungspolitik in eine neue Richtung gelenkt – Gleichstellung ja, aber unter anderem Vorzeichen. Und 2015 geht Ina Praetorius noch einen Schritt weiter: in der Publikation »Wirtschaft ist Care«, stellt sie praktisch die männliche Ökonomie vom Kopf auf die Füße, indem sie »das Selbstverständliche wiederentdeckt«, dass nämlich Care-Tätigkeiten im Zentrum des Wirtschaftens stehen.

Seit in der Pandemie sichtbar wurde, was die »systemerhaltenden Tätigkeiten« sind und deren prekäre Situation klar zutage trat, haben auch die Forderungen aus den Berufsfeldern und von Gewerkschaften selbst mehr Dringlichkeit erhalten und in der Schweiz sogar

zu einer erfolgreichen Volksabstimmung geführt. Vor diesem Hintergrund – in der Tradition feministischer Analysen und Forderungen und in Konfrontation mit konkreten Problemlagen – ist »Mehr für Care!« entstanden.

Im Interview auf Seite 9 erzählen Elisabeth Klatzer und Alexandra Strickner über die Entstehung der Bewegung. Birge Krondorfer geht in ihrem Beitrag auf Seite 10 der Entwicklung des Konzepts »Care« in der Frauenbewegung nach und kommt zu dem Schluss, »eine Care Revolution muss her«. Die Forderungen, die weit über Finanzielles hinausgehen, sind auf Seite 11 zu lesen, ebenso einige Literaturtipps.

Ebenfalls auf Seite 11 ein Beitrag von Peter Streiff zur erfolgreichen Schweizer Pflegeinitiative. Auf Seite 12 wird der Blick wieder auf den konkreten Care-Bereich gelenkt: die Physiotherapeutin und Osteopathin Regina Novy beschreibt die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen von Menschen im Gesundheits- und Pflegesektor und schildert, warum es nicht reicht, sie besser zu bezahlen, sondern es eben genau dieses gesellschaftliche Umdenken, diese neue, erweiterte Perspektive auf Care braucht, damit die Menschen in diesen Arbeitsfeldern ihre Arbeit gut machen können.

Schwerpunkt auf den Seiten 9 bis 12

VERBOT KURDISCHER MEDIENHÄUSER

Bundesverwaltungsgericht weist Klage ab

Bundesinnenminister Horst Seehofer hatte 2019 sowohl den Mezopotamien Verlag als auch den Musikvertrieb MIR Multimedia verboten, weil sie Teilorganisationen der in Deutschland verbotenen PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) seien. Dieses Verbot hat das Bundesverwaltungsgericht am 26. Januar bestätigt.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Beim Verbot der beiden kurdischen Medienhäuser handelte es sich um einen »in der Geschichte der Bundes-

republik bislang einmaligen Vorgang«, so die Frankfurter Rundschau. Sämtliche Verlagsbestände, rund 50.000 gedruckte Bücher, sowie Tontechnik, Musikinstrumente, Tonträger und das weltweit größte Archiv kurdischer Musikkultur wurden abtransportiert. Die Kulturgüter befinden sich bis heute im Bundesvermögensamt. In der Begründung des Ministeriums hieß es damals, dass der »Geschäftsbetrieb beider Vereinigungen allein der Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhalts der PKK« diene. »Mit ihrem wirtschaftlichen

Ertrag« seien die Aktionsmöglichkeiten der PKK »in Deutschland und Europa nachhaltig gestärkt« worden.

Gegen das Verbot klagten die beiden Unternehmen vor dem Bundesverwaltungsgericht. Sie forderten die Aufhebung des Verbots sowie die Rückgabe des beschlagnahmten Materials, damit die Medienhäuser ihre Arbeit wieder aufnehmen könnten. Über 100 Kultur- und Medienschaffende unterzeichneten vor Prozessbeginn eine entsprechende Solidaritätserklärung. Darunter waren unter anderem die »analyse & kritik« aus

Hamburg, die Verlag Edition Nautilus und PapyRossa, der Rote Hilfe e.V. und auch die CONTRASTE-Redaktion. In der Erklärung hieß es: »Einem Buchverlag und einem Musikvertrieb terroristisches Handeln anzudichten, bedeutet einen harschen Eingriff in die demokratischen Grundrechte der Kunst-, Meinungs-, Presse- und Publikationsfreiheit.«

Die Klage, über die das Bundesverwaltungsgericht erst- und letztinstanzlich zu entscheiden hatte, hatte keinen Erfolg. Das Gericht hielt es für erwiesen, dass die Klägerinnen

in die Strukturen der PKK eingegliedert seien. Dass es sich nur bei einem Teil des vom Mezopotamien Verlag vertriebenen Schriftgutes um politische Literatur handelte, spielte offenbar keine Rolle. Dem Musikvertrieb wurde keinerlei Propagandatätigkeit bestätigt. Die beiden Medienhäuser werden nach eigenen Angaben Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Urteil einlegen.

Link zur Pressemitteilung des BVerwG: <https://bit.ly/3o2l372>

ÜBER UNS

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN SEITE 3
STRASSE GEGEN LEERSTAND
NACHRUF JOCHEN STAY

PROJEKTE SEITE 4
LAAKENHOF
NETZWERK SELBSTHILFE

BEWEGUNG SEITE 5
VERFOLGUNG PER POLIZEIDATENBANK NACH G20

THEORIE SEITE 6
SCHATTENWIRTSCHAFT ALS
GRASWURZELREVOLUTION?

GENOSSENSCHAFTEN SEITE 7
STUDIE ZU BÜRGERGENOSSENSCHAFTEN
TRAUMSCHÜFF EG

GENOSSENSCHAFTEN SEITE 8
HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN POLITIK
NETZWERK BÜRGERGENOSSENSCHAFTEN OST

contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:

<https://www.contraste.org/redaktion/ueber-uns>

SCHWERPUNKT SEITE 9
EIN FEMINISTISCHES KONJUNKTURPAKET

PERSPEKTIVEN DER CARE-ÖKONOMIE SEITE 10

PFLEGEINITIATIVE IN DER SCHWEIZ SEITE 11

EMANZIPATION NICHT ÄRZTLICHER
GESUNDHEITSDIENSTE SEITE 12

BIOTONNE SEITE 13
ABSEILAKTIONEN ÜBER AUTOBAHNEN
BUCHBESPRECHUNG

BILDUNG SEITE 14
LESEMENTOR KÖLN
RÜCKSCHAU AUF DIE ZEITSCHRIFT »ALTERNATIVE«

REZENSIONEN SEITE 15
LUMPENPROLETARIAT
LINKE KRITIK(UN)FÄHIGKEIT
SPUREN DER ARBEIT
KLIMASOZIALE POLITIK
30 JAHRE CONNE ISLAND

TERMINE, KLEINANZEIGEN SEITE 16
KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM

CONTRASTE-WINTERPLENUM



▲ Unsere Redakteur*innen Ariane Dettloff, Brigitte Kratzwald, Burghard Flieger (oben v.l.n.r.), Hans Wieser, Heinz Weinhausen und Eva Schmitt (unten v.l.n.r.). Hier nicht zu sehen sind Peter Streiff und Regine Beyß. Foto: Eva Schmitt

IM STUBEN-MODUS

READAKTION KÖLN

Leider wieder nur online trafen sich Ariane, Brigitte, Burghard, Eva, Hans, Heinz, Peter und Regine zum Winterplenum. Wir freuten uns von Eva zu hören, dass wir in der Jahresbilanz gegenüber dem vergangenen Jahr einen Zuwachs an zwölf Abos und vier Förderabos hatten. Wir sind mit einem kleinen Plus ins neue Jahr gestartet, auch dank der großzügigen Spenden unserer Leser*innen. So konnten wir die gestiegenen Kosten insbesondere für Druck und Porto kompensieren.

Ebenso freuten wir uns über neue Autor*innen, die unsere Zeitung noch vielfältiger machen. Unsere neue Kollegin Helene Jüttner wird wieder regelmäßig die Kolumne »Gutes auf die Ohren – Podcast-Empfehlungen« verfassen und die CONTRASTE in den sozialen Medien bekannter machen. Nach Abklingen der Omikron-Welle hoffen wir

unsere CONTRASTE-Ausgaben wieder bei kleinen und größeren Veranstaltungen auslegen zu können.

Wir werden wieder interessante Schwerpunktthemen präsentieren wie zum Beispiel zur Ernährungswende, zum Dorf22 bei der documenta in Kassel, zur Selbstorganisation von Migrant*innen und zu zivilem Ungehorsam. Ein weiteres Vorhaben: Wir möchten Leser*innen aus diversen Projekten dafür gewinnen, ihre Projekte in einem Schwerpunkt vorzustellen. Bitte melden! Regelmäßig wollen die Bewohner*innen vom Dannenröder Gäst_innenhaus uns mit Beiträgen versorgen.

Wir laden herzlich ein zu unserem Sommerplenum vom 1. bis 3. Juli nach Greene (Südniedersachsen). Dort findet am Sonntagvormittag die Mitgliederversammlung des CONTRASTE-Ver eins statt. Auch dazu laden wir hiermit ein.

Mitmacher*innen gesucht!

Wir von der CONTRASTE sind immer auf der Suche nach Menschen, die sich vorstellen können, regelmäßig Artikel zu schreiben, zu redigieren oder einzelne Seiten und/oder Schwerpunkte zu planen.

Wir freuen uns aber auch über Redakteur*innen zu bestimmten Themen, etwa Klimawandel oder Degrowth, was nicht bedeuten muss, selbst zu schreiben, sondern im Blick zu haben, was aktuelle, berichtenswerte Themen oder Ereignisse sind und wer für Beiträge darüber angefragt werden könnte.

Arbeit für die CONTRASTE ist ehrenamtlich, bietet aber die Möglichkeit, Informationen über interessante Projekte zu verbreiten, kritische Diskussionen anzuregen und journalistische Erfahrung zu sammeln. Wir treffen uns zwei Mal pro Jahr zu gemeinsamen Plena und kommunizieren ansonsten per Mail und Telefon.

Bei Interesse meldet euch unter koordination@contraste.org

contraste abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich (51 Euro bei Lieferung ins europäische Ausland)

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **contraste** finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: abos@contraste.org

Schnupperabo

Für nur **9 Euro** bekommt ihr drei Ausgaben als Print oder PDF zugeschickt. (Bezahlung im Voraus, endet automatisch ohne Kündigung)

AKTION 2022

Ein Betriebssystem gegen den Strom

Liebe Leser*innen,

ein Dankeschön von sage und schreibe 1.500 Euro erreichte uns mit dem Hinweis »Ein Betriebssystem gegen den Strom – Contraste 01-2011«. Dem Hinweis folgte ich in unserem PDF-Archiv auf contraste.org und fand die Vorstellung des dezentralen Kollektivs »Premium-Cola«. Im Sinne alternativer Wirtschaft verschmelzen in dem Projekt Soziales, Ökologie und Ökonomie zu einem dynamischen Ganzen. Die Kollektivist*innen koordinieren sich über Mailingliste, Online-Board und einmal im Jahr durch ein persönliches Treffen. Und jede*r bestimmt selbst, wie viel Zeit er oder sie einbringen möchte. Ja, richtig. Bei

der CONTRASTE haben wir das gleiche Betriebssystem. Gerade haben wir uns wieder – diesmal coronabedingt online – aus verschiedensten Ecken des deutschsprachigen Raumes zu unserem Winterplenum getroffen.

Für uns sensationell haben uns seit Mitte Dezember 2.870,80 Euro erreicht. Vielen herzlichen Dank. Für die Aktion 2022 sind nun schon mit insgesamt 5.749,80 Euro 72 Prozent unseres Unterstützungsbedarfes eingegangen. Noch nie konnten wir so zuversichtlich auf das neue Jahr schauen.

Zuspruch fanden wir auch bei den Abos. Gleich fünf kamen dazu und auch noch zwei Fördermitgliedschaften. Eines davon ist ein Geschenk für eine WG. Dazu wurde ein Abo

umgewandelt in ein Kombi-Abo, eines in eine Förderung.

Kündigungen gab es aber auch fünf. Eine Fördermitgliedschaft wurde wegen Corona-Pleite gekündigt – natürlich im Kulturbereich, der generell bei der Förderung vernachlässigt wird. Wir alle sehnen das Ende der Pandemie herbei.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung. Schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an abos@contraste.org.

Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

K.S.	50,00
D.W.	15,00
A.H.	30,00
Elmar Still	50,00
Jochen Knobloch	30,00
A.G.	27,80
S.N.	25,00
O.M.	1.500,00
Thorsten Lingmann	100,00
Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens	120,00
Lothar Kraschinski	50,00
S.M.	75,00
A.C.	60,00
J.A.	100,00
L.C+M.L.	8,00
H.H.	150,00
KHB	120,00
W.R.	5,00
S.H.	45,00
D.D.	50,00
P.L.	200,00
B.C.	60,00

IN DIESER AUSGABE WURDEN DIE FARBSEITEN 4, 7 UND 8 EXTERN FINANZIERT.

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **2.250,20 Euro**.

Spendenticker »Aktion 2022«

71,87 % finanziert 5.749,80 Euro Spenden 2.250,20 Euro fehlen noch

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

BERLIN: ERFOLGREICHE HAUSBESETZUNG

Plattenbau statt Platte machen

Nach mehrjährigem Kampf war die zweite Hausbesetzung in der Berliner Habersaathstraße 40-48 erfolgreich. 85 Wohnungen standen seit etwa zehn Jahren leer, der Plattenbau sollte abgerissen werden. Im Dezember konnte die Initiative »Leerstand Hab ich Saath« jedoch den zuständigen Bezirk dazu bewegen, mit dem Eigentümer einen Nutzungsvertrag zu schließen. Die Häuser bieten nun seit Anfang Januar Wohnraum für etwa 60 Menschen, die vorher auf der Straße gelebt haben.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Die traurige Geschichte der leerstehenden Plattenbauten an der Habersaathstraße 40-48 ist lang. Seit dem Jahr 2006 wurde durch den Eigentümer systematisch entmietet. Etwa 85 Wohnungen standen seit zehn Jahren leer, einige zeigten Spuren von Vandalismus und mussten instandgesetzt werden.

Bereits vor einem Jahr wurden mehrere Wohnungen in der Habersaathstraße 46 von wohnungs- und obdachlosen Menschen bezogen. Nach mehreren Stunden räumte die Polizei die Menschen jedoch wieder brutal auf die Straße, bevor die Beschlagnahmung durch den Bezirk ausreichend geprüft werden konnte. Danach passierte nicht viel. Der Eigentümer Andreas Pichotta bot an, einige der leerstehenden Wohnungen als Kältehilfe einem Träger zur Verfügung zu stellen. Es gab Gespräche zwischen dem Eigentümer und einem Träger. Das Angebot verringerte sich immer weiter, von 40 blieben zehn Wohnungen übrig, am Ende gab es gar keine Wohnungen.

Leerstand beendet

Trotz der zermürbenden Verhandlungen blieben die Besetzer*innen aktiv – unter anderem mit Kundgebungen und einem anfangs illegal errichteten Denkmal gegen Obdachlosigkeit. Kurz vor Weihnachten, am 18. Dezember 2021, bezogen sie viele der leerstehenden Wohnungen erneut. »Dadurch haben wir Wohnraum geschaffen für



▲ Erfolgreiche Aneignung von leerstehendem Wohnraum durch Menschen, die ihn brauchen

Foto: Oliver Feldhaus/Umbruch-Bildarchiv

Menschen, die ihn gerade dringend gebrauchen«, schrieb die Initiative »Leerstand Hab ich Saath«. In der Initiative haben sich obdach- und wohnungslose Menschen, Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte, Mitarbeiter*innen in Sozialvereinen und stadtpolitisch Engagierte zusammengeschlossen, die die Berliner Wohnungspolitik der letzten Jahre kritisieren:

»Jahrelang wurde es versäumt, ausreichenden, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Entmietungen und Zwangsräumungen, von Rot-Rot-Grün unterstützt, laufen ungehindert weiter. Immer weniger Menschen haben die Chance, auf dem Wohnungsmarkt eine Wohnung zu finden und immer mehr Menschen haben gar keine eigene Wohnung. Schätzungsweise müssen in Berlin bis zu 10.000 Menschen auf der Straße leben, demgegenüber stehen lediglich bis zu 1.050 Plätzen in Notunterkünften.«

Menschenrecht auf Wohnen

Mit der Aktion, bei der sie den Leerstand in der Habersaathstraße vorerst beendet hatten, bedankten sich die neuen Bewohner*innen bei den

Mieterinnen und Mietern, die sich seit Jahren gegen die weitere Entmietung des Hauses und ihre Verdrängung zur Wehr gesetzt hatten. Denn »ohne sie gäbe es hier schon längst keinen Wohnraum mehr, sondern Luxusapartments und ein weiteres Hotel – was wirklich kein Mensch braucht.« Das Haus solle ein offener Ort für alle die Menschen ohne festes Zuhause sein, forderten sie:

»Wir wollen selbstverwaltet entscheiden, wie wir gemeinsam leben. Wir fordern, dass keine Räumung vorgenommen wird. Der Wohnraum soll Menschen zur Verfügung gestellt werden, die ihn brauchen und ihn sich deshalb angeeignet haben! Niemand soll auf der Straße leben müssen. Für spekulativen Wohnungsleerstand gibt es keine Rechtfertigung! Das Menschenrecht auf Wohnen gilt für alle Menschen!«

Emotionaler Einzug

Fast zwei Wochen nach der Besetzung der leerstehenden Wohnungen zogen am 30. Dezember die ersten obdachlosen Menschen endgültig in ihr neues Zuhause. Für viele der anwesenden Menschen, die auf der Stra-

ße gelebt haben, war dies eine sehr emotionale Situation. Hintergrund war eine Vereinbarung zwischen dem Bezirk und dem Eigentümer zur Bezahlung der Betriebskosten und leider die Aussicht auf Erteilung einer Abrissgenehmigung. Formal sind die neuen Bewohner*innen beim Sozialamt angemeldet. Die Häuser bieten nun Wohnraum für etwa 60 Menschen. Der Träger »Neue Chance«, der die Bewohnenden mit sozialarbeiterischen Angeboten unterstützt, hat ebenfalls in dem Haus ein Büro bezogen.

»Wir haben einen unglaublichen Erfolg erkämpft und Wohnraum für Menschen geschaffen, die sonst nur mit Notschlafplätzen und Suppenküchen abgespeist werden. Dies zeigt mal wieder, ohne Druck von unten wird kein Bezirk aktiv werden. Lasst uns nun den Leerstand in anderen Bezirken beenden, denn gegen Obdachlosigkeit hilft nur eine Wohnung!« kommentierte die Aktivistin Valentina Hauser den Erfolg der Initiative.

Info und Unterstützungskonto:
<https://strassegegenleerstand.de/>

MELDUNGEN

TERZ wird schon 30

Die TERZ – Düsseldorf für Politik und Kultur ist heute fast ein Anachronismus. Gegründet 1990, informiert sie seitdem monatlich über Nazis und Wohnungsnot, kritisiert Rassismus, rechte Politiker*innen, Polizei und Verfassungsschutz. Die Zeitung berichtet aber auch über linke Kunst und Kultur wie über die linken und linksradikalen Gruppen der Landeshauptstadt. Dies alles mit journalistischem Anspruch und sehr lesbaren Texten. Die Zeitung erscheint gedruckt und ist kostenlos – was den Vertrieb erleichtert.

Unser Redakteur Bernd Hüttner hat den Düsseldorfer Kolleg*innen zum 30-jährigen Bestehen gratuliert. In seinem Text streift er auch Geschichte und Bedeutung alternativer Medien.

Nachzulesen unter: <https://bit.ly/3qM7tGs>

Offener Brief an Bundesregierung

Zahlreiche Organisationen aus dem globalen Süden sowie Klimagruppen Europas fordern von der neuen Bundesregierung einen Kohleausstieg, mit dem die 1,5 Grad-Grenze einzuhalten ist, sowie den Erhalt des bedrohten Dorfes Lützerath im Rheinland. Zu den Unterzeichnenden gehören unter anderem die brasilianische Landlosenbewegung »Movimento Sem Terra«, die »Y'en a Marra«-Bewegung aus dem Senegal sowie »Frontline Action on Coal« aus Australien. »Statt auf die lauten Forderungen aus den besonders betroffenen Ländern zu hören, ignorieren die Regierungen der wohlhabenden Industrieländer weiter das Problem«, kritisieren die Unterzeichner*innen. Der Offene Brief unterstreicht die historische Verantwortung der BRD für die Klimakrise: Deutschland hat seit 1850 weltweit die viertmeisten Emissionen verursacht. Immer noch wird hierzulande so viel Braunkohle verbrannt wie in keinem anderen Land auf der Welt. Das sei mit Klimagerechtigkeit unvereinbar.

Link:
www.alle-doerfer-bleiben.de/offener-brief

NACHRUF

Jochen Stay ist tot

Jochen war eines der wichtigsten Gesichter der Anti-Atomkraft-Bewegung. Sein (viel zu kurzes) Leben lang kämpfte er gegen die Gefahr, die vom atomaren Wettrüsten, aber auch von der zivilen Nutzung der Kernenergie ausgeht. Unsere Autorin war zwölf Jahre mit ihm in der Bewegungstiftung aktiv.

GISELA NOTZ, BERLIN

Schon bei den gewaltfreien Blockaden des Pershing-Depots in Mutlangen war er als junger Mensch dabei. 1990 gelangte er über den Widerstand gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf zur Anti-Atomkraft-Bewegung. Bekannt wurde er durch seine Aktivitäten gegen die Castor-Transporte in Gorleben im Wendland. Er war Sprecher der Initiative »X-tausendmal quer«, die den zivilen Ungehorsam als Aktionsform gegen die staatliche Atompolitik propagierte. Bis zu seinem Tod war er Sprecher der Initiative »ausgestrahlt«.

Er war nicht nur Anti-Atom, Umwelt- und Friedensaktivist. Er publizierte auch in zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften, um

seinen Positionen ein Gehör zu verschaffen. Unter anderem war er fünf Jahre lang Redakteur der gewaltfrei-anarchistischen Monatszeitung Graswurzelrevolution. Jochen war ein wirklicher Experte. Auch wenn er in Mannheim Politik studiert hat, hat er sich seine Sachkompetenz und sein analytisches Denken, das er in seine strategischen Überlegungen einbrachte, selbst beigebracht. Auch »meine« Gruppe »Gewerkschafter gegen Atom«, die 1977 auf einer Anti-Atom-Demo in Brokdorf gegründet wurde, war beeinflusst von den Menschen, die in Gorleben, Brokdorf, Grohnde und anderswo aktiv waren. Schon damals tobte die Diskussion um die Gewaltfreiheit. In dieser Frage kannte Jochen bis zu seinem Tod keine Kompromisse, was nicht selten zu harten Auseinandersetzungen führte, wenn nicht zu (Ab)spaltungen.

Jochen lernte ich erst später durch meine Arbeit im Stiftungsrat der Bewegungstiftung, dem ich seit der Gründung 2002 angehörte, kennen und schätzen. Er war einer der ersten Bewegungsarbeiter, nämlich von 2002 bis 2010. Im Stiftungsrat war er von 2002 bis 2004 und von 2013 bis

2016. Ansonsten war er in verschiedenen Funktionen der Stiftung als Projektbegleiter und Mitarbeiter der geförderten Projekte tätig. Jedenfalls war er stets präsent. So arbeiteten wir viele Jahre lang gemeinsam und es gelang uns, zahlreiche Projekte, die den sozialen Wandel im Sinne von »Wandel statt Almosen« vorantrieben, zu fördern und zu begleiten.

Die Zusammenarbeit mit Jochen war inspirierend und manchmal auch anstrengend. Wenn Jochen etwas durchsetzen wollte, ließ er nicht locker. Er war eine »Nervensäge«, schrieb Manfred Kriener in der taz. Wäre er das nicht gewesen, hätte er das, was wir seiner Beharrlichkeit und Radikalität zu verdanken haben, nicht durchgesetzt. Denn Jochen war nicht nur beharrlich und misstrauisch gegenüber der Atomindustrie und ihren Lobbyisten. Er war überzeugt von seiner Mission. Das beeindruckte mich an ihm sehr. Denn diese Überzeugung machte sein Wirken aus. Mensch muss sie für sich gewonnen haben, erst dann kann er sie an andere weitergeben und diese mitreißen. Das ist Jochen gelungen. Den großen Erfolg der Anti-AKW-Bewegung, das

Abschalten der drei letzten Atommeiler, kann er leider nicht mehr mit einem Freudenfest mit uns feiern, wie er das gerne wollte. (Nicht nur) das bedauern wir sehr. Die Anti-Atom-Bewegung und die Bewegungstiftung müssen nun ohne ihn weiterkämpfen. Das wird notwendig sein, solange die Kraftwerke noch irgendwo stehen. Bis sie wirklich alle »ausgestrahlt« haben. So einen Menschen wie Jochen vergisst man nicht.



▲ Jochen Stay Foto: Bente Stachowske

ANZEIGEN

Viva la autonomía!

Solidarischer Handel mit Kaffee aus Chiapas/Mexiko und Cauca/Kolumbien, Spiel Autonomía Zapatista, Musik von lucha amada, Olivenöl von BeCollective, Tee von ScopTi, Seife von vio.me, Bücher & Filme, T-Shirts

Infos und neuer Online-Shop: www.aroma-zapatista.de

Gemeinsam die Welt verbessern?

Genossenschaft gründen!

www.genossenschaftsgruendung.de

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.
Baumeisterstr. 2 · 20099 Hamburg · Tel. 040 2 35 19 79-0

DER LAAKENHOF

Vermögensökonomie, Konsens und Bio-Landwirtschaft

Wir sind eine Kommune in Westfalen, östlich des Ruhrgebietes. Wir leben und arbeiten auf einem Hof, dessen Haupthaus aus dem Jahr 1750 stammt, aber in sehr gutem Zustand ist. Im Laufe der letzten drei Jahre zogen wir um, da unsere alte Hofstelle nach 24 Jahren Pacht gekündigt wurde. Zum Glück konnten wir in vier km Entfernung diesen neuen Hof übernehmen und umgestalten.

REINHOLD HÖVELMANN, LAAKENHOF

Die Bio-Boden Genossenschaft kaufte die Hofstelle, und wir haben einen Erbpachtvertrag über 99 Jahre. Die Flächen sind im Wesentlichen von einer Kirchlichen Stiftung gepachtet, neben privaten Verpächtern. Auf dem Land sind wir umgeben von intensiver Schweinemast, und die Agrarstruktur ist deprimierend. In unserer Region werden Pachtpreise von 1.000 Euro pro Hektar bezahlt und das Ackerland kostet im Durchschnitt 110.000 Euro pro Hektar. Das kann Mensch mit nachhaltiger Landwirtschaft nicht erwirtschaften. Deshalb ist es ein großes Glück, dass wir die Möglichkeit haben, diesen Hof langfristig zu entwickeln. Und trotzdem bleibt die politische Forderung: Das Land denen, die es bewirtschaften – Land ist Gemeingut.

Die Gebäude sind gut in Schuss, aber wir mussten und müssen so einiges umbauen und anpassen. Der Betrieb war ein biologischer Schweinemastbetrieb, den wir umgebaut haben und weiter umgestalten, um unser Konzept einer regionalen Versorgung mit Gemüse und Käseprodukten hier weiter fort zu führen.

Bei unserer Kündigung hatten sich unser Umfeld und unsere Kund*innen stark mit uns solidarisiert. Zunächst beim Widerstand gegen den Verpächter und jetzt bei der Gestaltung und dem Umbau des neuen Hofes. Mittlerweile gibt es den Verein »anders ackern«, der uns unterstützt und Projekte durchführt wie einen Permakultur Garten und eine Seminarküche, die in Arbeit ist. Dank Kundenkrediten und staatlicher Förderung konnten wir einen Stall für unsere Kühe bauen. Auch die tatkräftige Unterstützung bei dem Umbau alter Schweineställe zu Käseerei und Hofladen war enorm.

Wir – das sind vier Kommunard*innen: Fritz, Hilde, Martha und Reinhold. Patrick, Tom und Jana befinden sich gerade auf dem Weg zur Probezeit. Des Weiteren gibt es Emil, Henrik



▲ Das Laakenhof-Kollektiv

Foto: Privat

und Kim, die hier leben. Von außen kommen Yanna, Jan, Joachim und Julia, um bei uns zu arbeiten. Außerdem sind immer wieder Freunde und Unterstützer bei uns, also ein bunter Haufen. Mit dem Umzug sind wir ziemlich geschrumpft, da drei Kommunard*innen das Risiko zu groß und die Bindung zu fest wurden.

Flache Hierarchien

Wesentlich ist bei uns das Mittagessen mit Mittagspause als gemeinsamer Punkt am Tag. Im Anschluss werden Alltagskleinigkeiten abgesprochen. Gekocht wird natürlich im Wechsel und von allen. Entscheidungen treffen wir in unseren Plena im Konsens, in der Regel am Dienstagabend. Monatlich gibt es ein Sozialplenum, an dem aber nur Kommunard*innen und Menschen, die sich im Einstiegsprozess befinden, teilnehmen. Hier geht es um den persönlichen Austausch, um unsere Befindlichkeiten, Visionen und Grenzen.

Eine Gratwanderung ist oft die Einbindung von Auszubildenden, Praktikant*innen und Mitarbeiter*innen in die Entscheidungen, wo Hierarchien

sichtbar werden, die wir aber versuchen flach zu halten.

Wir Kommunard*innen leben in gemeinsamer Vermögensökonomie – alles gehört allen – und Menschen in der Probezeit leben in gemeinsamer Alltagsökonomie mit uns. Dieses Prinzip ist kein Dogma, auch individuelle Lösungen haben Platz. Beim Einstieg in die Kommune macht jede*r einen Ein- und Ausstiegsvertrag. Darin sind die persönlichen Konditionen im Falle eines Ausstiegs geregelt, natürlich in Absprache mit der Gruppe.

Im Alltag ist Geld kaum das Thema, da wir von dem Hof ausreichend leben können.

In diesem Jahr fangen wir mit dem Wohnraumbau an, so dass wir hoffen, bald mit zehn Kommunard*innen den Hof zu beleben. Über der Käseerei sollen Zimmer und ein Büroraum entstehen. Das Treppenhaus ist schon fertig und wir suchen gerade Zimmermensen, die den Dachausbau vorantreiben. Früher befanden sich hier die Mühle und das Futterlager. Finanziert wird dies von unserem Rentenkonto, auf das wir monatlich pro Kommunard*in einzahlen, da unsere Rente als Landwirt*in bescheiden sein wird.

Im Wesentlichen leben wir von der biologischen Landwirtschaft. Auf zwei Hektar bauen wir Gemüse für die Direktvermarktung an. Insbesondere die Versorgung im Winter und Frühjahr fordert unser gärtnerisches Geschick. Drei ungeheizte Foliengewächshäuser sind da ganz hilfreich. Da unser Gemüse in einer landwirtschaftlichen Fruchtfolge mitläuft, haben wir Raum für Blühstreifen, Nützlingsstreifen und Beikräuter.

Kuhhaltung

Wir halten elf Kühe, deren Milch wir verkäsen und direkt vermarkten. Im neuen Kuhstall können wir die muttergebundene Kälberaufzucht praktizieren, was bedeutet, dass die Kälbchen drei Monate direkt am Euter der Kuh saugen können. Die Kälber bekommen eine Zitze und wir melken die anderen drei.

Die Milch bringen wir in unsere Schaukäserei, wo Interessierte durch ein großes Fenster beim Käsen zuschauen können. Hier wird Joghurt, Frischkäse, Weichkäse und Schnittkäse hergestellt.

Durch die Kuhhaltung konnten wir fünf Hektar Naturschutzgrünland

anlegen, was der Umwelt in dieser ansonsten intensiven Ackerbauregion gut gefällt. Außerdem werden wir den Humusgehalt der Böden durch Grünland, Klee-Grasanbau und Mistwirtschaft deutlich erhöhen.

Insgesamt bewirtschaften wir 48 Hektar, wovon neun Hektar unter besonderen Natur- und Artenschutzaspekten bewirtschaftet werden. Alle Produkte vermarkten wir in Kooperation mit einem anderen Betrieb direkt über Gemüseboxen und unsere Hofläden.

In den letzten Wochen ist Bronco zu uns gestoßen, ein Bulle, der im Kuhstall die artgerechte Haltung perfekt macht. Und in Kürze werden auch wieder Hühner in Hühnermobilen auf den Hof ziehen. Die Hähne werden uns mit ihrem Kikerikie (westfälisch) oder italienischen Chiccherichi, vielleicht auch einem Wo Wo Wo auf chinesisches beglücken. Sie werden bestimmt mit den 51 Vogelarten, die es hier gibt, im Getöse wetteifern und das Krächzen der unzähligen Fasanen, die in unseren Gärten leben, übertönen.

Links: wordpress.laakenhof.de, anders-ackern.de

NETZWERK NEWS



Fördern - Vernetzen - Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 40 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer*innen und Spender*innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

www.netzwerk-selbsthilfe.de

Deutschland einig Nazistaat - Polemik zur staatlichen »Bringschuld« nach Hanau

Vor fast genau einem Jahr, zur Gedenkveranstaltung zum 19. Februar, hat unser demnächst wohl wiedergewählter Bundespräsident, tiefend vor persönlicher Betroffenheit und gleichermaßen couragiert, die lückenlose Aufklärung aller offenen Fragen zum rechtsterroristischen Anschlag in Hanau als Bringschuld des Staates konstatiert. Hört, hört! Das ist schon allerhand – das sagt derselbe Typ, der Murat Kurnaz damals nicht aus Guantanamo holen wollte, weil er schließlich exakt so aussah, wie er sich einen Terroristen vorgestellt hat. Derselbe Typ, der auch später noch meint, er würde sich wieder so – also total falsch, undemokratisch und menschenrechtsfeindlich – entscheiden. Insofern wundert

es nicht, dass »unser« Staat – hier in Form der Bundesanwaltschaft – bereits im Dezember 2021 alle Ermittlungen zum Anschlag in Hanau eingestellt hat. Tobias bleibt, wie auch Franco, wie schon Stephan oder auch Adolf ein Einzeltäter. Keine Mitwisser, keine Mittäter und, dass die Polizei – trotz gut vernetzter Chatgruppen – Notfallanrufe nicht entgegen nimmt sowie mündliche Absprachen zu Razzien nicht protokolliert, mag tragisch sein, ist schlussendlich aber nur eine unglückliche Verkettung von nicht nachweisbarem menschlichen Fehlverhalten. Und wer weiß schon, ob die Opfer schnell genug durch die Notfalltür hätten entkommen können – das bleibt doch »Spekulation«. Tobi war ja nicht nur bekannt für seine rassistischen Wahnvorstellungen, er war auch Sportschütze. Bringschuld – das ist ein starker, ein wirkmächtiger und vielver-

sprechender Begriff in einer tönen-den Rede. Wenn in der Realität der Täter aber selbst über seine Schuldfähigkeit bestimmt, wird die Bringschuld halt auch gern mal die Toilette herunter gespült!

Kiezwatch Neukölln - antifaschistische Spaziergänge

Angesichts der unfassbar frustrierenden Blindheit gegenüber rechten Strukturen in den eigenen staatlichen Institutionen, müsste man eventuell über einen neuerlichen Marsch auf eben solche nachdenken. Mal so richtig rein in die braune Suppe: linksradikale Oberfeldwebel, Verfassungsrichter*innen oder Innenminister*innen – das wär' was. Bis dahin bleibt es an uns, das allgemeine Bewusstsein dafür zu stärken, dass neonazistische Anschläge keine Einzelfälle sind, sondern durch strukturelle Bedin-

gungen befördert werden. So auch in Berlin Neukölln, der Bezirk, der in den letzten Jahren massiv unter rechten Übergriffen und Anschlägen gelitten hat. Kiezwatch möchte die Nachbarschaft in Neukölln mehr vernetzen und für das Thema sensibilisieren. Alle zwei Wochen veranstalten sie Kiezspaziergänge, bei denen sich die Nachbarschaft trifft und zu verschiedenen Themen austauscht. Im Zusammenhang mit dem Bekanntwerden rechter Strukturen in Polizei und Bundeswehr ist das Interesse in letzter Zeit immer größer geworden. Durch gemeinsame Vernetzung und Basis-Organisation können wir uns politisch zur Wehr setzen und Druck auf »unseren« Staat ausüben, dass er endlich seine längst fällige Bringschuld einlöst!

Hanau ist überall!

Eduard Michaelis

NACH G20 IN HAMBURG

Verfolgung per Polizeidatenbank geht weiter



▲ Eindrücke von der großen Demo »Grenzenlose Solidarität statt G20« am 8. Juli 2017 in Hamburg



Fotos: Gaston Kirsche

Auch viereinhalb Jahre nach den Protesten gegen das G20-Treffen im Juli 2017 in Hamburg geht die Repression weiter. Bisher wurden rund 3.000 Ermittlungen eingeleitet. Und es könnten doppelt so viele werden, wie aus den Datenbanken der Polizei hervorgeht. Aber auch die Solidarität hat Ausdauer, die Rote Hilfe unterstützt kontinuierlich die Angeklagten und kritisiert das enorme Ausmaß der staatlichen Verfolgung.

GASTON KIRSCHKE, HAMBURG

Die »Soko Schwarzer Block«, größte Hamburger Sonderkommission aller Zeiten, wurde nach den Protesten gegen den G20-Gipfel im Juli in Hamburg aufgebaut, um nach Protestierenden zu fahnden und zu ermitteln, ob sie Rechtsverstöße begangen hätten. »Dass diese SoKo Daten sammelte, oftmals recht freihändig interpretierte und in rechtlich äußerst fragwürdigen, teils europaweiten Fahndungsaufrufen breit veröffentlichte, ist weder neu noch überraschend«, so Johann Heckel von der Roten Hilfe Hamburg. Die Soko wurde bekannt durch spektakuläre Öffentlichkeitsfahndungen mit Fotos Verdächtigter, auch die Persönlichkeitsrechte besonders zu schützender Minderjähriger wurden verletzt – so präsentierte die von der Soko mit Fotos gefütterte »Bild-Zeitung die Portraitaufnahme einer 17-Jährigen vor einem geplünderten Supermarkt unter der Bezeichnung »Terror-Barbie gesucht«. Auch sonst fiel die Soko durch einen laxen Umgang mit dem Datenschutz auf: So wurden gegen den entschiedenen Einspruch des Hamburger Datenschutzbeauftragten Johannes Caspar mit der Gesichtserkennungssoftware »Videmo 360« über 100 Terabyte Bildmaterial aus allen erreichbaren Quellen wie den Kameras in Hamburgs öffentlichen Verkehrsmitteln gescannt. »Für eine datenbasierte Polizeiarbeit war der G20-Gipfel ein wahres Datengewinnungsparadies«, so Deniz Çelik¹, Abgeordneter und Fachsprecher für Innenpolitik der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft zum Autor: »Allein die über 400 Ingewahrsamnahmen, unzählige Personalienfeststellungen und natürlich auch die fast 100 Terabyte Bildmaterial dürften dafür ein guter Datenlieferant gewesen sein.«

Die »Soko Schwarzer Block« wurde im letzten Jahr aufgelöst und besteht nur als verkleinerte Ermittlungsgruppe des Hamburger Staatsschutzes fort. Dort, beim LKA 7, ist jetzt auch die Datensammlung »Schwarzer Block« zur »Unterstützung der polizeilichen Ermittlungsarbeit bei der

Strafverfolgung« angegliedert – als eine von 18 CRIME-Datenbanken. Sie ist mit Angaben zu 11.000 Personen, darunter 7.578 Beschuldigte und Verdächtige, gegen die ermittelt wird, bei weitem die umfangreichste der CRIME-Datenbanken. Das brachten aber erst zwei parlamentarische Anfragen der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft ans Licht. Selbst auf Nachfrage des Abgeordneten Deniz Çelik antworteten Polizei und Innenbehörde nur ausweichend: »Teilweise fließen auch auf polizeiliche Erfahrungswerte gestützte Bewertungen« ein – diese würden jedoch »in der Akte und auch in polizeilichen Datenbanken entsprechend gekennzeichnet« so die Hamburger Innenbehörde in der offiziellen Antwort auf die parlamentarische Anfrage.

Es gehe um 2.945 Beschuldigte, davon 1.194 durch Personalienaufnahme bei Festnahmen oder Platzverweisen Identifizierte, 1.057 nachträglich aus der Bildauswertung mithilfe von »Videmo 360« Identifizierte plus 694 bis jetzt unbekannt Beschuldigte und 4.633 Verdächtige. Zusätzlich enthält die Datei Angaben zu 170 Kontakt- oder Begleitpersonen, 1.089 Geschädigten, 1.805 Zeug*innen und Hinweise auf weitere 57 Personen. Insgesamt enthält die Datei Angaben zu 10.699 Personen. Beunruhigende Zahlen: Während eine weitere Hamburger Crime-Datenbank, Aurelia, für »linksmotivierte Gewalt« nur 292 Verdächtige oder Beschuldigte führt, sind in der Datei Schwarzer »Block« unter demselben Label also volle 7.578 Personen gelistet.

Löschung ist nicht absehbar

Zweifel an der klaren Definition und Nutzungsbeschränkung der massenhaft gespeicherten Daten lässt bereits die erst durch die Anfrage bekannt gewordene polizeiinterne Anordnung zur »Errichtung« der Datei aufkommen. Sie beschreibt als Zweck der Datei die »Aufklärung von Straftaten, die im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel, insbesondere im Rahmen der schweren Ausschreitungen in der Zeit vom 6. Juli bis 8. Juli 2017« stattfanden – also auch die anderen, gewaltfreien Proteste. Es gehe um das »Erkennen von Bezügen zwischen den jeweiligen Einzeltaten oder fortgesetzter Tathandlungen«. Die Datei sei »erforderlich, um die Vielfalt der im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel begangenen Straftaten recherchefähig in einer geeigneten Datenbankanwendung zu erfassen und auszuwerten«. Allein die schiere Zahl der erfassten Personendatensätze steht in keinem Verhältnis dazu, dass der gewalttätige Protest gegen den

G20-Gipfel nur von einigen Kleingruppen praktiziert wurde.

»Recherchefähig« sollen also nicht nur »unter anderem« Brandstiftung und schwerer wie auch schon einfacher Landfriedensbruch gemacht werden, sondern auch weniger schwerwiegende Vorwürfe – bei rund 7.600 Beschuldigten oder Verdächtigen dürfte die Schwelle für die Aufnahme in diese Datei sehr niedrig liegen«, so Johann Heckel von der Roten Hilfe. »Das liest sich wie die Bauleitung für einen riesigen Wühltisch, auf den Daten von allen mehr oder weniger greifbaren Leuten geworfen werden, die Monate vor oder nach dem Gipfel irgendwas mit Bezug zu G20 getan haben könnten – vielleicht Aufkleber anbringen, vielleicht im Baumarkt einkaufen, vielleicht ein Blockadetraining organisieren.« Auch Informationen des Geheimdienstes sollen in die Datei eingespeist und »in Bezug gesetzt« werden. Eine Löschung des Datenbergs ist absehbar nicht in Sicht, da der Hamburger Staatsschutz weiterhin forciert, gegen Teilnehmende am G20-Protest 2017 ermittelt. »Im Hinblick auf die Kontrolle polizeilicher Datenverarbeitung haben wir ein klares Defizit an rechtsstaatlichen Kontrollmöglichkeiten« kritisiert Deniz Çelik die exzessive Datenanhäufung im Gespräch mit dem Autor: »Im Rahmen der Polizeirechtsreform in Hamburg wurden zum einen die Speicherdauer polizeilicher Daten extrem ausgeweitet und gleichzeitig die Befugnisse des Datenschutzbeauftragten zur Kontrolle der Polizei eingeschränkt. Betroffene müssen sich daher individuell gegen ihre Speicherung zur Wehr setzen, von der sie aber oft gar nichts wissen.« Trotz der beiden Anfragen von Deniz Çelik gibt es außer von der Roten Hilfe keinerlei Reaktion auf den Fortbestand des G20-Datenbergs.

Gefahren polizeilicher Datenverarbeitung

»Eintragungen in polizeilichen Datenbanken können eine erhebliche Gefahr darstellen«, erläutert Deniz Çelik: »In den Augen der Sicherheitsbehörden wird man schnell zum »Linksextremisten«, auch wenn man nur auf einer kapitalismuskritischen Demo war. Wir brauchen daher eine intensivere Auseinandersetzung über die Gefahren polizeilicher Datenverarbeitung.«

Obwohl im Komplex G20-Proteste bereits Anklage gegen 451 Beschuldigte erhoben wurde, am häufigsten wegen Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und Körperverletzung, ist kein Ende der Ermittlungen und Anklagen abzusehen. Zumindest

auf Seiten der Protestierenden. Auf Seiten der Polizei kam es bis jetzt trotz Anzeigen wegen Ausübung unverhältnismäßiger Polizeigewalt in 169 Fällen in vier Jahren zu keiner einzigen Anklage, aber 133 Verfahrenseinstellungen.

Bisher wurden laut Polizeidirektor Jan Hieber Ermittlungsverfahren gegen 3.000 Demonstrierende eingeleitet. Die CRIME-Datenbank zeigt: Es könnten noch mehr als doppelt so viele werden. 83 Teilnehmende einer spontanen Demonstration in der Straße Rondenbarg wissen bereits, dass sie in Gruppenprozessen angeklagt werden, sobald die Corona-Epidemie dies zulässt – das Pilotverfahren vor einer Jugendstrafkammer gegen fünf Minderjährige wurde wegen Corona am 27. Januar 2021 abgebrochen. Wiederaufnahme offen.

Rückendeckung vom Senat

Als Folge der europaweiten Fahndung und Ermittlungen durch die Hamburger Polizei wurden am 21. April eine Schweizerin und ein Schweizer vom Bezirksgericht Zürich wegen »Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte« sowie wegen Landfriedensbruchs zu Geldstrafen verurteilt, wie dem Urteil zu entnehmen ist; ein dritter Angeklagter wurde freigesprochen. Die Ermittlungsakten kamen aus Hamburg, kurzzeitig festgenommen wurden die drei im Rahmen einer von Hamburg aus geleiteten Razzia in mehreren europäischen Ländern im Mai 2018. Da die Schweiz ihre Landsleute nicht ausliefert, fand das Verfahren in Zürich statt. Mit Hamburger Akten.

Die drei Zürcher waren angeklagt, weil sie bei der spontanen G20-Demonstration im Rondenbarg mitgelaufen waren. Konkrete Taten wurden den drei Beschuldigten nicht vorgeworfen, sie wurden verurteilt, weil sie »Teil der Zusammenrottung« gewesen seien.

Und so wird es weitergehen mit Ermittlungen und Anklagen: »Die Polizei sieht die Straftaten im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel als einen zusammenhängenden Komplex an und verschafft sich durch diesen Trick eine enorm lange Speichermöglichkeit«, so Deniz Çelik: »Die Informationen in der Datei sind zur Ausleuchtung von Strukturen und Verbindungen innerhalb der linken Szene für die Polizei Gold wert. Die Polizei wird alles daransetzen, diese Daten möglichst lange verwenden zu können«. Hamburgs rotgrüner Senat gibt der Polizei dafür Rückendeckung.

»Wir werden jetzt und in Zukunft auch Monate oder Jahre später noch Konsequenzen sehen«, erklärte markig Hamburgs Innensenator

Andy Grote, SPD, bereits am 1. Juli 2018 in seiner Ansage kurz vor den Aktivitäten zum ersten Jahrestag des G20-Gipfels. Der Verfolgungsdruck gegen den militanten G20-Protest bleibe noch lange bestehen, so Grote weiter: »Das ist eine klare Botschaft an die Szene – überlegt euch das gut. Und wenn ihr das unbedingt machen wollt, macht lieber einen Bogen um Hamburg.« Kurz nach dem Gipfel erklärte Kriminaldirektor Jan Hieber, Leiter der Soko Schwarzer Block in Richtung der Protestierer: »Wir werden viele von euch kriegen. Ganz sicher.« Vor dem G20-Gipfel 2017 in Hamburg kündigte Grote an, dieser werde »ein Festival der Demokratie«, garantiert werde dies durch die Polizeistrategie. Für die etwa 1.500 durch Polizeigewalt teilweise schwer verletzten Protestierenden, für die Hunderttausende durch massive Polizeipräsenz Eingeschüchternen, für die angeklagten und von Ermittlungen bedrohten Protestierenden hat dies ebenso wenig mit der Realität zu tun wie das Mantra des damaligen Bürgermeisters von Hamburg, Olaf Scholz, es habe keine Polizeigewalt gegeben. Die auf Eskalation und Dominanz angelegte Strategie beim G20-Gipfel wurde von einer Polizeiführung verantwortet, die bis heute im Amt ist. Bis heute wird diese Polizeiführung Hamburgs vom rotgrünen Senat des Stadtstaates gedeckt – selbst angesichts datenschutzrechtlich bedenklicher Ermittlungsmethoden des Hamburger Staatsschutzes.

¹ Ein ausführliches Interview mit Deniz Çelik zum Thema findet ihr auf contraste.org.

ANZEIGE

Deutschland und die Welt 451

Rassismus

Eine Einführung, auch für Seminare und Schulungen: Rassismus, Apartheid, Alltagsrassismus, Antirassismus.

Rassismus

Magazin Verlag, 2014, 48 Seiten, 2 Euro

online bestellen: www.deutschland-und-die-welt.de

EIN VERSUCH, DIE IDEEN VON JOHN HOLLOWAY ZU ENDE ZU DENKEN - TEIL 1

Schattenwirtschaft als Graswurzelrevolution?

Könnte das kapitalistische Wirtschaftssystem, mit dem wir gerade unsere eigenen Lebensgrundlagen zerstören, auch »von unten« überwunden werden? Eine schon lange bestehende und sich allmählich ausbreitende Schattenwirtschaft hätte das Potential dazu, wenn ihre Vergesellschaftung weiter vorangetrieben werden könnte.

JÖRG SOMMER, HEIDELBERG

John Holloway hat mit seinem Beitrag »Kapitalismus aufbrechen«¹ erneut die altbekannte Frage aufgeworfen, ob eine gesellschaftliche Revolution »von unten« oder von »von oben« vorangebracht werden sollte. Ob also die sich anbahnende ökologische Katastrophe und andere negative Auswirkungen des Kapitalismus durch Maßnahmen nationaler und internationaler demokratischer Institutionen abzuwenden sind oder dadurch, dass engagierte Menschen selbst und unmittelbar ihre Lebensverhältnisse in die Hand nehmen. Dieser Weg der Selbstorganisation wird immer wieder in dieser Zeitung thematisiert, zuletzt in dem Beitrag der ZAD Rheinland mit der Forderung, im Kampf gegen die Klimakatastrophe weniger auf »den Staat« zu vertrauen² oder in der Erinnerung Maurice Schuhmanns an frühere anarchistische Aktionen in Paris und Spanien.³

Wir sind alle Teil des Systems

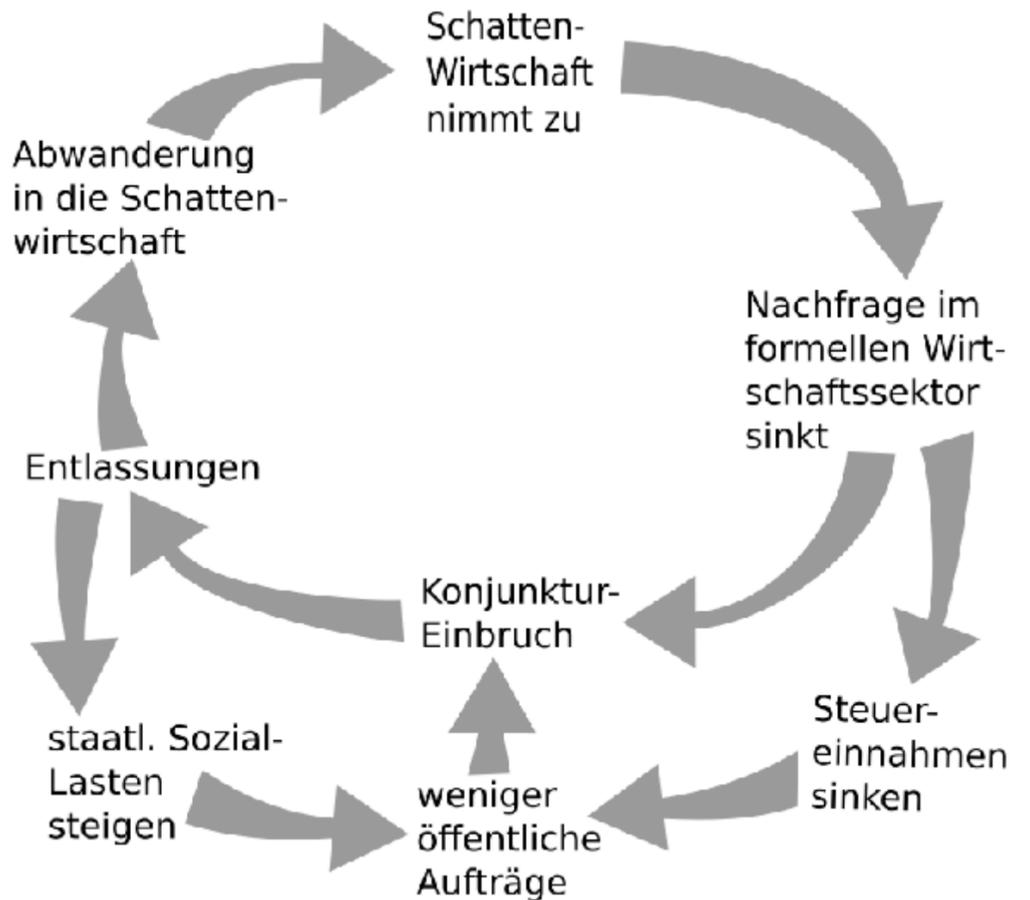
Die zentrale These von Holloway besagt, »dass wir alle in die Reproduktion der Gesellschaftsverhältnisse verwickelt sind, die wir zu überwinden versuchen«. Und »wir sind die Ursache der Krise, nicht die Kapitalisten«. Am Arbeitsplatz fügen wir uns gehorsam in die immer wieder neuen Anforderungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ein. Damit sollten wir aufhören – wir alle sollten »aufhören, Kapitalismus zu machen«. Holloway ist nun allerdings ziemlich ratlos, wie das zu bewerkstelligen sei: »Die Schwierigkeit ist, dass wir die Antworten nicht kennen, wir wissen nicht, wie wir aufhören können, Kapitalismus zu machen. Wir wissen es wirklich nicht.«

Fragen wir trotzdem noch einmal nach: Was heißt es denn, »aufzuhören Kapitalismus zu machen«? Klar ist: Holloway richtet diese Forderung nicht an die »Kapitalisten« oder die »Politikerinnen«, sondern an »uns alle«, also vor allem auch an uns als abhängig Beschäftigte. Aufhören, Kapitalismus zu machen, kann also nur heißen: Aufhören, in dem und für das System zu arbeiten und von seinen Produkten zu leben. Damit stellt sich aber sofort die Frage: Wie bestreiten wir denn dann unseren Lebensunterhalt?

Der Widerspruch, einerseits das kapitalistische System grundsätzlich abzulehnen und es zu bekämpfen, andererseits aber ständig die »Segnungen« dieses Systems in Anspruch zu nehmen, trat bereits in der 68er-Studentenbewegung zu Tage partielle Lösung. Ein kleiner Teil dieser Bewegung versuchte zumindest eine partielle Lösung. Sie richteten mit Landkommunen verlassene Bauernhöfe wieder her, um wenigstens hinsichtlich des Wohnens und der Ernährung ein Stück weit unabhängig zu sein. Bei allen anderen Lebensbedürfnissen waren sie aber weiterhin auf die kapitalistische Wirtschaft und den Staat. Dabei ist es bis heute geblieben. Trotzdem wollen wir den Gedanken, unabhängig vom herrschenden System zu werden, noch einmal aufgreifen. Zumal er über die bloße Daseinsvorsorge hinausgeht: Er verweist ja auch auf den Traum vom einfachen Leben, führt von einem Nachdenken über die »eigentlichen« Bedürfnisse des Menschen zu einer fundamentalen Konsumkritik und so auch zu einer Perspektive zur Abwendung der drohenden ökologischen Katastrophe.

Heute manifestiert sich diese Vision in vielen Einzelbereichen des Alltagslebens, etwa einer Schenk-, Tausch- oder Gemeinwohl-Ökonomie (Sharing Economy) in Form von Tauschringen, Umsonst-Läden, Mitfahr-Zentralen, Car-Sharing, Lebensmittel-Kooperativen usw. Im handwerklichen Bereich sind es Gemeinschaftsgärten, öffentliche Nähstuben, gemeinschaftlich betriebene Werkstätten, Repair-Cafes, Stadt-Land-Kooperativen und Ökodörfer. Kostenlose Nachbarschafts-Hilfe, zum Beispiel beim Hausbau, hat in vielen ländlichen Bezirken schon eine lange Tradition. Im Internet gibt es zahlreiche Plattformen, auf denen kostenlose Beratung und Hilfe angeboten wird.⁴ Die gesellschaftlichen Strömungen des Konsum-Minimalismus und der Degrowth-Bewegung gehören zwar nicht zur Schattenwirtschaft, weil sie nichts produzieren (sondern unnötige Produktion vermeiden wollen), ihre Auswirkungen gehen aber in die gleiche Richtung.

Eine Sonderstellung nimmt die Arbeit der Hausfrauen (ganz langsam zunehmend auch die der Hausmänner, die im Folgenden immer mitgemeint sind) ein, die nicht bezahlt wird und somit ebenfalls zur Schattenwirtschaft gehört. Dieser Sektor wurde lange Zeit im marxistischen Theoriegebäude völlig ignoriert und gleichzeitig stillschweigend vorausgesetzt. Schon die erste industrielle Revolution und somit auch der Kapitalismus hätte ohne diesen Zweig der Schattenwirtschaft gar nicht entstehen können. Erst in den 1970er Jahren



▲ Der sich selbst verstärkende Prozess einer wachsenden Schattenwirtschaft

Grafik: Jörg Sommer

arbeiteten die Bielefelder Soziologinnen Maria Mies, Claudia von Werlhof und Veronika Bennholdt-Thomsen diesen Umstand heraus.⁵

Die legalen Formen der Schattenwirtschaft werden von den staatlichen Kontrollorganen und den kapitalistischen Unternehmen geduldet, da es sich, von der Hausfrauenarbeit abgesehen, bisher nur um einen kleinen Bereich des Wirtschaftsgeschehens handelt. Diese Geduld dürfte ein Ende haben, wenn die Schattenwirtschaft größere Ausmaße annehmen sollte. Allerdings ist genau dies das Ziel vieler Akteur*innen, weil ihnen oft nicht nur das eigene Wohlergehen wichtig ist, sondern es auch um ökologische Motive und eine antikapitalistische Position geht.

Eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale

Eine Zunahme der Schattenwirtschaft schädigt – mit Ausnahme der Hausfrauenarbeit – das kapitalistische System auf dreifache Weise: Erstens geht die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen im offiziellen Sektor zurück. Zweitens droht Arbeitskräfte-Mangel durch Abwanderung in den informellen Sektor und drittens sinken sowohl die Umsatz- wie auch die Lohnsteuereinnahmen des Staates, wodurch er weniger Aufträge an die Wirtschaft vergeben kann. Wenn immer mehr Menschen in die Schattenwirtschaft abwandern, kann eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale und damit eine nicht nur vorübergehende Wirtschaftskrise entstehen (siehe Grafik). Durch ein flächendeckend ausgezahltes bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) würde dieser Prozess noch verstärkt werden.

Der durch eine aufblühende Schattenwirtschaft ausgelöste Wachstums-Einbruch der kapitalistischen Wirtschaft würde sofort zu einer Reduktion der CO₂-Emissionen und anderer umweltschädlicher Prozesse führen. Ein Phänomen, das sich in den Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahrzehnte immer wieder gezeigt hat. Damals wurden allerdings arme Menschen besonders hart getroffen. Das ist tendenziell anders, wenn eine

Wirtschaftskrise durch ein Wachstum der Schattenwirtschaft ausgelöst wird: Dann könnten nämlich die entstehenden Versorgungslücken zumindest teilweise durch die Schattenwirtschaft kompensiert werden. Allerdings sind wir von einer Optimierung dieses Kompensations-Effektes noch weit entfernt. Das Problem besteht darin, dass die hier Tätigen immer noch mit einem Bein im formellen Sektor stehen. Auch wenn zum Beispiel ein Haus mit Nachbarn und befreundeten Fachleuten ohne Lohnkosten gebaut wird, muss man sich weiterhin die benötigten Maschinen und das Baumaterial auf Baumärkten besorgen. Ist das Haus fertig, bleibt die Sorge um eine zuverlässige Versorgung mit Strom und Trinkwasser, die bei einer anhaltenden Krise des formellen Sektors ausfallen könnte. Das Problem ist die Zersplitterung und räumliche Vereinzelung der Schattenwirtschaft. So sind diese Formen der Selbsthilfe und Selbstversorgung bisher nur Stückwerk geblieben.

Branchenübergreifende Vergesellschaftung mit Augenmaß

Stellen wir uns vor, dass sich die vielen oben aufgeführten Akteur*innen der Schattenwirtschaft an einem Ort zusammenfinden und nun gemeinsam und in unmittelbarem Austausch ihre Tätigkeiten fortsetzen: Obwohl sie alle das gleiche tun wie bisher, entsteht ein soziales Gebilde, das mehr ist als die Summe seiner Teile – ein qualitativer Sprung. Vollziehen wir das auch noch mit sozialpsychologischem Augenmaß für die Gruppengröße, die es ermöglichen soll, dass die Menschen ihre Angelegenheiten in der direkten persönlichen Begegnung – also basisdemokratisch – regeln können; erinnern wir uns ferner daran, dass wir ein geruhiges Leben ohne Arbeitsetze führen wollen, das eine ausreichende Arbeitsteilung mit der daraus resultierenden Routine und der Verwendung einfacher technischer Hilfsmittel voraussetzt: Dann kommen wir auf eine Gruppengröße von 200 bis 300 Menschen, die sich allmählich völlig

vom kapitalistischen Wirtschaftssystem unabhängig machen können.

Die so entstehenden sozialen Gebilde – nennen wir sie »autarke Stadtbezirke«, »Kieze« oder »Ökodörfer« – realisieren so eine umfassende Selbstversorgung, eine Subsistenzwirtschaft und zeigen damit am lebendigen Beispiel, dass außerhalb des kapitalistischen Systems ein besseres Leben möglich ist. Alle Menschen könnten so leben, wenn sie nur ein Stück Land besitzen und bearbeiten können. Indigene Völker könnten auf diese Weise die vielleicht noch vorhandenen Reste ihrer ursprünglichen Subsistenzwirtschaften wieder aufgreifen und zu neuer Blüte bringen. Wenn der maßlose Konsum im Allgemeinen und der gesundheitsschädliche Fleischkonsum der »fortgeschrittenen« Industrieländer im Besonderen eingeschränkt wird und alte Methoden zur Erzeugung eines dauer-fruchtbaren Bodens ohne Kunstdünger (Terra Preta, Permakultur) wieder aufgegriffen und weiterentwickelt werden, reicht das Land für alle. Zur Erzeugung nur selten oder in kleinen Mengen benötigter Güter und Dienstleistungen könnten sich auch mehrere Ökodörfer zusammenschließen und gemeinsam zum Beispiel eine Klinik oder eine Universität betreiben. Ein Ökodorf in einem Gebiet mit Bodenschätzen könnte alte Bergwerke wieder in Betrieb nehmen, von denen ja viele nicht deshalb geschlossen wurden, weil die Vorkommen erschöpft waren, sondern weil der Abbau im kapitalistischen Konkurrenzkampf nicht mehr rentabel war. Auf diese Weise emanzipieren sich Ökodörfer und autonome Stadtbezirke von der Schattenwirtschaft und treten ins Licht der Öffentlichkeit. Das heißt, sie werden politisch.

¹ CONTRASTE Nr. 444 vom Sept. 2021

² CONTRASTE Nr. 445 vom Okt. 2021

³ CONTRASTE Nr. 442/443 vom Juli/August 2021

⁴ Die illegale Schattenwirtschaft (Schwarzarbeit) ist nicht Gegenstand unserer Betrachtungen.

⁵ Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies: Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive. München 1997

Teil 2 erscheint in unserer März-Ausgabe.

ANZEIGE

Der Klassismusbegriff hat Hochkonjunktur und unterliegt kontroversen Auseinandersetzungen. Den einen gilt er als Ausdruck des Siegeszugs der »Identitätspolitik« mit mangelnder analytischer Schärfe. Antiklassismus ist für sie bloße Abwehr gegen (kulturelle) Diskriminierung, bietet aber keinen Ansatz für einen gemeinsamen Kampf gegen gesellschaftliche Strukturen der Klassengesellschaft. Unterdessen haben andere das Potenzial des Klassismuskonzepts für antikapitalistische Herrschaftskritik hervor. Gerade die stark von autobiographischen Erfahrungen geprägte »Klassismusliteratur« eröffnete Ausgangspunkte für wissenschaftliche Gesellschaftsanalysen und könnte den Blick für Ungleichheiten und Ausgrenzungsmechanismen stärken.

Forum Wissenschaft 4/2021
(Anti-)Klassismus
Beiträge zur Debatte

Einzelheft: 8 € · Jahresabo: 28 €
www.bdwi.de · service@bdwi.de

STUDIE BÜRGERGENOSSENSCHAFTEN

Bürgerschaftliche Selbsthilfe braucht öffentliche Mitverantwortung

Eine Ende Januar 2022 veröffentlichte Studie untersucht die Chancen und Potentiale von Bürgergenossenschaften für ländliche Räume in Ostdeutschland. Diese Formen der Selbsthilfe entstehen auf Initiative von Bürger*innen, die sich zusammenschließen, um Aufgaben und Dienstleistungen in ihren Gemeinwesen eigenverantwortlich zu organisieren.

MARLEEN THÜRLING, JENA

In den vergangenen 20 Jahren sind zahlreiche neue Genossenschaften entstanden, die Bedarfe im Gemeinwesen aufgreifen. Dazu zählen Gründungen im Bereich der Nahversorgung, Infrastruktur, Kultur, Mobilität und nachbarschaftlichen Hilfen. Eine Studie untersuchte im Jahr 2021 diese neuen Formen der Selbsthilfe und richtet sich an Interessierte in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Veranlasst wurde die Studie vom Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer im Bundeswirtschaftsministerium.

Durchgeführt wurde sie von der innova eG, einer Beratungsgenossenschaft, die seit 25 Jahren neue Genossenschaftsinitiativen auf dem Weg zur Gründung begleitet. Die Studie ermöglicht einen komprimierten Einblick zur Entstehung und zu Rahmenbedingungen, den besonderen Herausforderungen und Schwierigkeiten, aber auch zu Lösungsansätzen, denen Akteure begegnen, die eine Bürgergenossenschaft gründen wollen.

Engagiert für das Gemeinwesen

Bürgergenossenschaften stellen ihre Angebote und Dienstleistungen dort bereit, wo sich der Staat oder der Markt aus der Erbringung zurückgezogen haben. Sie entstehen also als Reaktion auf konkrete Bedarfe und Problemlagen, mit denen Bürger*innen in ihren Gemeinwesen konfrontiert sind und schließen Versor-



▲ Das »Traumschiff« während einer Vorstellung in Himmelpfort

Foto: Sophia Sorge

gungslücken. Damit ähneln sie ihren historischen Vorgängern, denn Genossenschaften werden auch als »Kinder der Not« bezeichnet. Der Blick auf die verschiedenen Gründungswellen zeigt, dass genossenschaftliche Selbsthilfe immer dann eine große Rolle spielt, wenn sich gesellschaftliche Probleme nicht auf anderen Wegen lösen lassen, zum Beispiel mit gewerkschaftlichen Arbeitskämpfen oder politischen Mehrheiten bei Wahlen.

Beim klassischen Genossenschaftsmodell richtet sich deren Leistung in erster Linie an die eigenen Mitglie-

der. Im Unterschied dazu erbringen Bürgergenossenschaften ein Angebot, das über den Mitgliederkreis hinaus reicht und als Gemeingut den Bürger*innen vor Ort zur Verfügung steht und mitgestaltet werden kann.

Die Studie wurde in Kooperation mit dem Institut für Genossenschaftswesen der Humboldt-Universität zu Berlin und dem Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena erstellt. Sie arbeitet heraus, dass es sich bei Bürgergenossenschaften um unternehmerische Lösungen an der Schnittstelle zur Zivilgesellschaft

handelt. Sie werden maßgeblich initiiert und getragen vom bürgerschaftlichen Engagement ihrer Mitglieder.

Öffentliche Mitverantwortung

Für die Studie haben die Autor*innen die Vorstände von insgesamt zehn Bürgergenossenschaften in allen fünf ostdeutschen Flächenländern befragt, unter anderem zum Gründungsprozess, der Geschäftsführung und der Zusammenarbeit mit der kommunalen Verwaltung. Diese zehn Fallstudien verdeutlichen die besonderen Vortei-

le und Chancen der Bürgergenossenschaften als neue Form der Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, insbesondere auch für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts vor Ort.

Gleichzeitig sollten Bürgergenossenschaften aber nicht als »Selbstläufer« missverstanden werden. Denn die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Gründung und das Engagement in Bürgergenossenschaften einige Voraussetzungen erfordern. Nur mit hohem persönlichem Einsatz der Beteiligten, viel Überzeugungsarbeit und zum Teil auch hohen finanziellen Risiken konnten die Genossenschaften erfolgreich auf den Weg gebracht werden. Häufig mussten auch die Kommunen erst noch überzeugt werden. Deren Unterstützung braucht es aber, um Förderanträge zu stellen und die breite Öffentlichkeit zu überzeugen.

Die Studie zeigt auch, dass sich die Gründung und die Erfolgsaussichten dieser Genossenschaften regional stark unterscheiden. So werden Bürgergenossenschaften in den neuen Ländern zwar ähnlich oft gegründet, lösen sich aber häufiger wieder auf als in den alten Bundesländern.

Daraus ergeben sich konkrete Handlungsmöglichkeiten für Akteure in Politik und Verwaltung: Gestaltungsräume für bürgerschaftliche Selbsthilfe können geöffnet, Initiativen unterstützt und damit auch die lokale Engagementkultur gefördert werden. Dafür sind auf Seiten der Kommunen jedoch nicht nur die Bereitschaft und Offenheit erforderlich, sondern auch finanzielle Ressourcen und Handlungsspielräume, um engagierte Bürger*innen bei ihren Vorhaben stärker zu unterstützen, als das bislang der Fall ist.

Die Studie »Bürgergenossenschaften in den neuen Ländern - engagiert für das Gemeinwesen« kann als Printausgabe über info@innova-eg.de bestellt oder digital unter <https://bit.ly/3qFwqTV> heruntergeladen werden.

TRAUMSCHÜFF EG, ORANIENBURG

Schwimmendes Wandertheater und soziales Entwicklungslabor

In der 2017 gegründeten gemeinnützigen Theatergenossenschaft Traumschiff geG haben sich Künstler*innen und Kulturschaffende zusammengeschlossen. Als »Theater im Fluss« betreibt die Gruppe das schwimmende Wandertheater, das sich insbesondere Themen des ländlichen Raums widmet. Mit dem Theaterschiff »Genossin Rosi« tourt sie in den Sommermonaten durch Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

KRISTINA BAYER, KASSEL

Kulturgenossenschaften stellen in Deutschland eine noch neue Ausprägung von bürgerschaftlich getragenen Genossenschaften dar. Seit den 2000er Jahren entwickeln sie tragfähige Alternativen für die von zunehmender Ökonomisierung gekennzeichnete Kulturbranche. Deutschlandweit beweisen genossenschaftlich betriebene Kinos und Theater, dass ein qualitativ hochwertiges Kulturangebot mit stabiler Wirtschaftlichkeit einher gehen kann. Sei es zum Erhalt historischer Bausubstanz, wie im Fall des Erfurter Theaters oder der Festhalle Annaberg, oder als sicherer Rahmen für Kulturschaffende. Insgesamt ist die Zahl der Gründungen aber noch sehr gering.

Allerdings existieren vielversprechende Konzepte zum Betreiben von Kultureinrichtungen, auch in Kooperation mit Stiftungen oder anderen Trägern der Gemeinwirtschaft. Im Zentrum steht das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern. Die Theatergenossenschaft Traumschiff geG ist ein Teil dieser innovativen Ansätze, die sich in der Kulturlandschaft neu formieren. Zu ihrem Konzept gehört, nach den Aufführungen mit dem Publikum ins Gespräch zu kommen. Dort erfahren die Künstler*innen am besten, was die Menschen vor Ort bewegt. Und machen aus den Eindrücken ihr nächstes Stück. Theater im Dialog – ein lebendiger Prozess, der Dinge verändert und »in Fluss bringt«.

So geschehen in einer Brandenburger Gemeinde, in der sich der Biber wieder angesiedelt hat. Naturschützer*innen begrüßten dies, Anwohner*innen sorgten sich um die Deiche. »Beide Aspekte können in den entsprechenden Regionen schnell zur existenziellen Frage werden«, sagt Nikola Schellenschmidt, Mitglied im künstlerischen Leitungsteam und Autorin zahlreicher Stücke der Gruppe. Traumschiff entwickelte das Stück »Bibergeil«, das den Konflikt anhand der Geschichte eines Landwirtes nachzeichnet, dem das Nagetier

sein Feld überschwemmt. »Im Publikum saßen Naturschützer*innen und Gegner*innen – und beide konnten etwas mit dem Stück anfangen«, sagt Schellenschmidt.

Theater auch dorthin zu bringen, wo Kultur nicht sehr stark vertreten ist – das ist mit einem Schiff möglich. An entlegenen Orten Menschen aus unterschiedlichen Lebenszusammenhängen niedrigschwellig an Kunst und Theater heranzuführen und miteinander ins Gespräch zu bringen, gehört zu den wichtigsten Anliegen der Kulturgenossenschaft. Dies kennzeichnet die theaterpädagogischen Projekte und Workshops der Gruppe. Der Erfolg gibt ihnen recht. Zahlreiche Preise, eine hohe Medienresonanz und verdoppelte Besucher*innenzahlen innerhalb eines Jahres zeigen: Traumschiff ist angekommen, auch bei den Menschen, die sonst nicht unbedingt ins Theater gehen. Aktuell plant die Gruppe die Eröffnung eines festen Winterstandortes in Oranienburg.

Eintritt gegen Spende

Eine wichtige Rolle dabei spielt, so Schellenschmidt, dass der Eintritt für die Aufführungen frei ist. Stattdessen werden Spenden erbeten. Mit der Genossenschaft ist es gelungen, dem

künstlerischen Anliegen der Gruppe einen sicheren Rahmen zu geben. Viele Mitglieder, die im normalen Theaterbetrieb unzufrieden waren, sind in ihrem eigenen Unternehmen zu ihren eigenen Bedingungen beschäftigt. Das führt zu einer hohen Identifikation, »wenn ein Stück Theater gehört«. Die Initiative zur Gründung ging von einem Schauspieler aus, der sich selbstständig machen wollte. Den beiden Vorständen, Regisseur David Schellenberg und Autorin Nikola Schellenschmidt, die die meisten Stücke selbst schreibt, gibt das Konstrukt ebenso die Freiheit, ihre Ideen eigenverantwortlich umzusetzen. Die Gemeinnützigkeit bietet den richtigen Rahmen für zahlreiche öffentliche Projektförderungen. Das Konzept halten die Betreiber*innen für skalierbar. »Der Bedarf ist da, und ländliche Flusslandschaften gibt es in ganz Deutschland«, so Schellenschmidt.

Wichtigster Schlüssel zum Erfolg des Konzepts ist laut Schellenschmidt die Gemeinschaft. Unzählige Menschen helfen weiterhin während der Tour ehrenamtlich mit, das Schiff zu bewegen. Im Gegenzug erleben sie »Gemeinschaft auf Zeit, Lagerfeuerromantik und sind Teil eines kreativen Prozesses«. Dabei werden auch die

besonderen Herausforderungen des Wasserwanderns gemeinsam bewältigt: An kalten Tagen kann es vorkommen, dass ein Zuschauer spontan eine mobile Sauna vorbeibringt. Vielleicht macht Schellenschmidt daraus ihr nächstes Stück.

Link: <https://www.traumschuff.de>

ANZEIGE

SoZ Sozialistische Zeitung

Monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

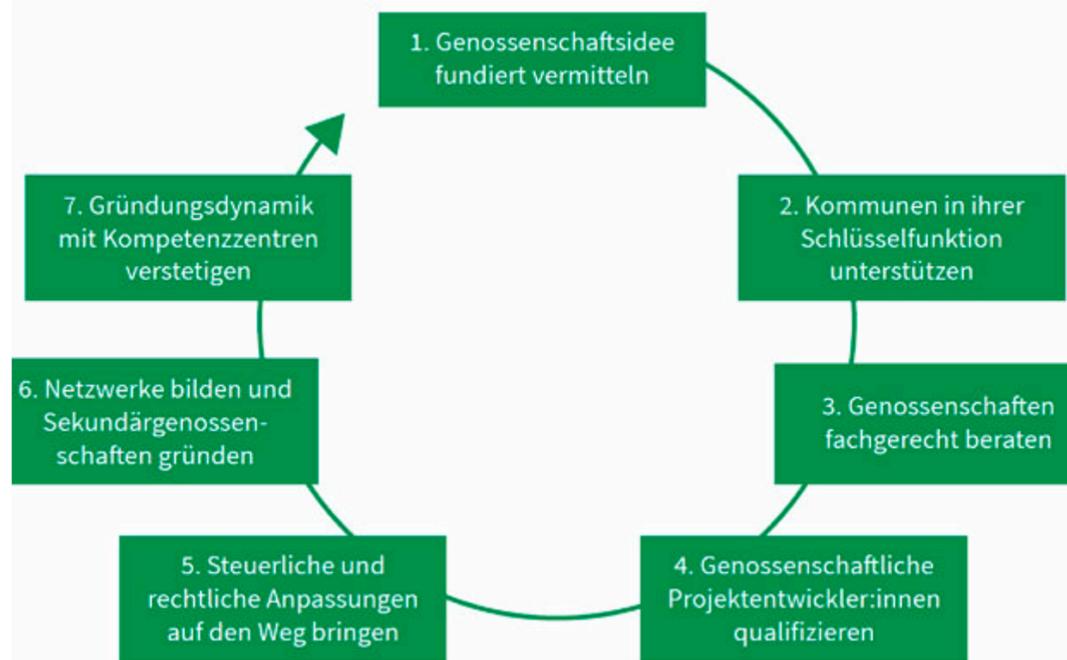
In der Januar-Ausgabe u. a.:

- Der neue Koalitionsvertrag: Alles muss sich ändern, damit alles so bleibt, wie es ist
- Digitalisierung: Das tödliche Gesicht einer angeblich heilbringenden Technologie – Digitalisierung der Kriegführung und in der E-Mobilität
- Tesla gräbt Brandenburgern das Wasser ab
- Corona: Patente an Impfstoffen verhindern Impfschutz

Probeausgabe kostenlos
Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag · Regentenstr. 57-59 · 51063 Köln
(02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de
www.sozonline.de

Die Gründung erleichtern



▲ In sieben Schritten zu mehr Bürgergenossenschaften

Grafik: innova eG

In der Studie »Bürgergenossenschaften in den neuen Ländern - engagiert für das Gemeinwesen« benennen die Autor*innen eine Reihe von Maßnahmen, gerichtet an Politik und Verwaltung, die diesen Genossenschaften die Gründung erleichtern würden. Dazu gehören unter anderem kompetente Ansprechpartner*innen in den Kommunen und auf Landesebene, um zum Beispiel Informationen über Fördermöglichkeiten zu erhalten. Hilfreich wäre zudem, das notwendige Gründungswissen durch branchenbezogene Leitfäden oder branchenkompetente Berater*innen zu bündeln und weiteren Gründer*innen zur Verfügung zu stellen.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Als wichtig für den Erfolg sieht die Autor*innengruppe an, dass Bürgergenossenschaften in ihrer Gründungs- und Aufbauphase durch eine breite Unterstützung in der Öffentlichkeit begleitet werden. Voraussetzung für jegliche unterstützende Maßnahmen wie Öffentlichkeitsarbeit, Gründungsunterstützung, finanzielle Förderung und Stärkung des laufenden Geschäftsbetriebs der Bürgergenossenschaft bleibt, dass das Genossenschaftsmodell zunächst richtig verstanden wird: als ein demokratisches und bürgergetragenes Partizipationsmodell mit wirtschaftlicher

Ausrichtung zur Deckung von Bedarfen im Gemeinwesen.

Grundsätzlich ergibt sich aus der Untersuchung die Notwendigkeit, gemeinwohlorientierten genossenschaftlichen Ansätzen im Gründungs- und Stabilisierungsprozess auf verschiedenen Ebenen die gleichen Chancen einzuräumen wie allen anderen Unternehmensgründungen. Mit dem zunehmenden Interesse an genossenschaftlichen Lösungsansätzen wächst derzeit die Bereitschaft dafür.

Aufbauend auf den Erkenntnissen aus der Studie (siehe auch Artikel auf Seite 7) werden Handlungsempfehlungen in einem Sieben-Punkte-Plan dargestellt. Die ersten drei Punkte betonen als Grundlagen die Aufgaben, Genossenschaftswissen für die Gründung bereitzustellen, Kommu-

nen in ihrer Schlüsselfunktion für bürgergenossenschaftliche Ansätze zu unterstützen und Gründungsgruppen zu beraten. Die Beratung sollte dabei genossenschaftsspezifische und branchenbezogenes Wissen miteinander kombinieren.

Ausbildung von Promotor*innen

Die Schritte vier bis sechs beinhalten eine Promotor*innenausbildung für die Gründung von Bürgergenossenschaften, die rechtliche Stärkung und die Vernetzung bzw. Entwicklung von Sekundärgenossenschaften zur Verbesserung der wirtschaftlichen Grundlagen der einzelnen Genossenschaften in ihrer jeweiligen Branche. Aufbauend auf den ersten drei Schritten können diese bei stringenter Umsetzung entscheidend dazu beitra-

gen, einer bürgerschaftlich getragenen Genossenschaftsbewegung zum Durchbruch zu verhelfen.

Die geplante Promotor*innenausbildung unterscheidet sich stark von anderen Formen der Qualifizierung. Die Teilnehmenden arbeiten dabei Schritt für Schritt ein konkretes Konzept aus, das sie in ihrer Region umsetzen wollen. Gleichzeitig wird der Austausch untereinander und die Entwicklung langfristiger gemeinschaftlicher Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen gestärkt. Am Ende verfügen sie nicht nur über die notwendige Kompetenz zur Gründung von Genossenschaften, sondern haben auch ein ausgearbeitetes Gründungsvorhaben, so dass die Gründung, die Gründungsprüfung und die Umsetzung unmittelbar erfolgen können.

Durch den Aufbau von genossenschaftlichen Kompetenzzentren als abschließende siebte Handlungsempfehlung lässt sich infolge der damit verbundenen Institutionalisierung die Gründungsdynamik von Bürgergenossenschaften zu einer dauerhaften und stabilen Entwicklung verstetigen. Wichtig: Die sieben Handlungsempfehlungen zielen ab auf unterschiedliche Handlungsebenen und Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung, aber auch auf Genossenschaftsverbände, Fachberater*innen sowie aktive Bürgergenossenschaften. Idealerweise greifen sie ineinander, um das vorhandene große Potenzial von Genossenschaften für die Entwicklung des Gemeinwohls, insbesondere im ländlichen Raum Ostdeutschlands, entfalten zu können.

Stärkung der lokalen Lebensqualität

Wenn das gelingt, können mit den Bürgergenossenschaften nicht nur ergänzende Angebote zur Daseinsvorsorge entscheidend weiterentwickelt und verbessert werden. Vielmehr entstehen mit ihnen neue Gemeinschaftsangebote und »Möglichkeitenräume« für umfassende Beteiligung und Mitbestimmung. Wie die Studie beispielhaft zeigt, bieten Bürgergenossenschaften einen wichtigen Erfahrungsraum zur gesellschaftlichen Teilhabe. Wenn sie erfolgreich und stabil wirtschaften, stärken sie die Lebensqualität in den betroffenen Regionen deutlich. Sie setzen dafür als starkes Element sowie Katalysator des Community-Empowerments entscheidende Impulse. Unter den in der Studie herausgearbeiteten Voraussetzungen können sie die Basis für zukunftsfähige Entwicklungen bilden. Wenn Bürger*innen mit ihrem Engagement die Lebensbedingungen im Gemeinwesen beeinflussen und verbessern helfen, stärkt das demokratische Prozesse vor Ort und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

ANZEIGE



WOHNEN

In diesem Heft geht es um die Kooperation von Kommunen mit Wohnungsunternehmen und die Instrumente einer Bodenvorratspolitik, um Werkwohnungen, Bauen auf dem Supermarkt und Tiny Houses als Notlösung. Dazu Best Practices, Literatur- und Material-Tipps.

Weitere Themen:

- Karlsruhe: Fortschreibung der Klimaanpassungs-Strategie
- Kommunale Start-up-Förderung
- Aachen: Initiative Ladenliebe als Herzmassage für die Innenstadt
- Parteilulturen und kommunalpolitische Teilhabe von Frauen
- Mein Recht als Ratsmitglied: Fragerecht

Einzelpreis der AKP: 11 Euro plus 1,40 Euro Versand | Abopreis (6 Ausgaben): 60 Euro

AKP – Alternative Kommunalpolitik
Luisenstraße 40 | 33602 Bielefeld
Ruf 0521.177517 | Fax 0521.177568

www.akp-redaktion.de

KOOPERATION

Netzwerk Bürgergenossenschaften Ost

Die Studie »Bürgergenossenschaften in den neuen Ländern - engagiert für das Gemeinwesen« bestätigt einmal mehr, wie wichtig die Möglichkeiten der Vernetzung und Kommunikation auf lokaler und überregionaler Ebene für die Engagierten sind. Dies gilt ebenso für den Austausch mit Verwaltung und Politik. Dieses Ergebnis wird die innova eG in Zusammenarbeit mit Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländern am Bundeswirtschaftsministerium mit einem Vernetzungstreffen aufgreifen.

SONJA MENZEL, LEIPZIG

Der Austausch mit Gleichgesinnten, das Nutzen anderer Bürgergenossenschaften als Blaupause und das Lernen von Erfahrungen der anderen wird von vielen genossenschaftlichen Promotor*innen in den Fallbeispielen der frisch erschienenen Studie über Bürgergenossenschaften betont. Viele waren in der Gründungsphase auf sich allein gestellt. Einige dienten in ihrer eigenen Entstehungsphase anderen Projekten bereits als Lernhilfe. Selbst noch am Anfang zu stehen und schon als Vorbild zu fungieren, erwies sich für diese Bürgergenossenschaften als erhebliche Herausforderung. Dem soll zukünftig über den systematischen Aufbau von Vernetzungsstrukturen in Ostdeutschland entgegengewirkt

werden. Erster Schritt dafür könnte ein »Vernetzungstreffen Bürgergenossenschaften Ost« in der zweiten Jahreshälfte 2022 sein. Angedacht als Ort ist dafür das Oranienburger Oranienwerk, in der die Theatergenossenschaft Traumschiff ihren festen Sitz hat.

Die vielgestaltigen Gespräche und Ergebnisse der aktuellen Studie veranschaulichen die entscheidenden Funktionen für den Erfolg von Bürgergenossenschaften, die den Kommunen und Gemeindeverwaltungen als Katalysator oder Hemmschuh zukommt. Betont wird immer wieder die Bedeutung von Fürsprache und Unterstützung bei der Mitgliederwerbung, Vernetzung mit möglichen Kooperationspartner*innen und Kontakte zu Ministerien auf Landes- und Bundesebene. Hier hat die Unterstützung seitens der Kommunen eine Schlüsselfunktion. Dies soll beim planaren Auftakt des Vernetzungstreffens wie folgt werden:

- Chancen und Möglichkeiten von Genossenschaften zur Erhaltung und zum Ausbau wesentlicher Funktionen der Infrastruktur im ländlichen Raum; Kurzvorstellung erfolgreicher Beispiele; Wesen und Alleinstellungsmerkmal von Genossenschaften.
- Die (Schlüssel-)rolle der Kommunen für den Erfolg der Bürgergenossenschaften; zum Spektrum der Unterstützung.

- Rolle der Kommune als Mitglied der Genossenschaft bei der Gremienbesetzung in Bürgergenossenschaften; Umsetzungsmöglichkeiten in Übereinstimmung mit dem Genossenschafts- und Kommunalrecht.

Kooperation und Vernetzung kann als ein aufwendiges, aber besonders erfolgversprechendes Vorgehen für die Initiierung und Stabilisierung von Bürgergenossenschaften gesehen werden. Dies soll in branchenbezogenen, moderierten Arbeitsgruppen ermöglicht werden. Dort wird der Austausch von Erfahrungen zwischen den einzelnen Bürgergenossenschaften im Mittelpunkt stehen, unter anderem zu folgenden Fragen:

- Welche Kooperationspartner waren und sind für die Umsetzung des konkreten Geschäftsmodells entscheidend und warum?
- In welchen Netzwerken sind sie hauptsächlich aktiv, mit welchen Zielen und Erfahrungen?
- Welche Art von Unterstützung wird für die eigene Genossenschaft, aber auch für zukünftige Gründungen als wichtig angesehen?

In den Arbeitsgruppen kann in einem zweiten Schritt die Diskussion auf den Austausch unter sektoralem bzw. branchenbezogenem Blickwinkel gelenkt werden. Wichtiger Hintergrund dafür sind zentrale Ergebnisse der Studie:

- Erst durch den von den Genossenschaften ausdrücklich immer wieder gewünschten fachlichen Erfahrungsaustausch können sich sukzessive gemeinsame Aufgaben und Dienstleistungen herauskristallisieren.
- Nur sektorale Handlungs- und Entwicklungskonzepte ermöglichen eine abgestimmte Gesamtstrategie für die Entwicklung von Bürgergenossenschaften, beispielsweise in den Bereichen Kultur, Seniorenselbsthilfe, Lebensmittelversorgung, Infrastrukturen oder Verkehrswende.

Im anschließenden Plenum soll nicht nur »einfach« über die Erfahrungen und Ergebnisse der branchenbezogenen AGs berichtet werden. Vielmehr stehen im Mittelpunkt die Fragen: Ist es sinnvoll, ein Netzwerk »Bürgergenossenschaften Ost« auf den Weg zu bringen? Welche Unterstützung wird dafür benötigt und welche Schritte sind dafür erforderlich? Ziel ist es, zu einem Ergebnis darüber zu kommen, wie die spezifischen Besonderheiten in den neuen Ländern stärker und dauerhaft mehr Berücksichtigung finden können und dafür eine selbsttragende Struktur zu etablieren.

Wer über die geplante Veranstaltung weiter informiert werden will, kann sich dafür beim Newsletter der innova eG eintragen lassen:
info@innova-eg.de

WIRTSCHAFTEN FÜR DAS GUTE LEBEN FÜR ALLE

Ein feministisches Konjunkturpaket

Das Netzwerk »Femme Fiscale« hat bereits 2020, nach dem ersten Lockdown, das feministische Konjunkturpaket vorgestellt. Das war der Ausgangspunkt für die Bewegung »Mehr für Care!« in Österreich. Für CONTRASTE sprach Brigitte Kratzwald mit Elisabeth Klatzer und Alexandra Strickner, die bei »Mehr für Care!« aktiv sind.

CONTRASTE: Elisabeth, was ist »Femme Fiscale« und warum braucht es ein feministisches Konjunkturpaket?

E: »Femme Fiscale« ist ein Netzwerk von Ökonomeninnen, Wissenschaftlerinnen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich mit Fragen geschlechtergerechter Budget- und Wirtschaftspolitik beschäftigen. Gerade die Wirtschaftspolitik ist in Österreich sehr geschlechterblind.

A: »Femme Fiscale« ist 2015 aus einem Workshop über die Genderdimension von öffentlichen Budgets entstanden, der seinen Ursprung in der Erarbeitung des zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudget der Plattform »Wege aus der Krise« hatte. In dieser Plattform war schnell klar, dass im Zukunftsbudget die Gender-Budgeting-Perspektive ganz zentral ist. Es gab Frauen, die da schon lange dazu arbeiten, die im Anschluss an den Workshop »Femme Fiscale« aus der Taufe gehoben haben und seit 2014/15 immer wieder gemeinsame Aktionen rund um Budget und Steuerpolitik machen.

E: Der Ausgangspunkt für das feministische Konjunkturpaket war, dass in der Covid-19-Pandemie schnell klar geworden ist, dass die Regierung viel Geld in die Hand nimmt, aber es nicht für Geschlechtergerechtigkeit, nicht für Care, nicht für diejenigen einsetzt, die am meisten belastet sind. Darum haben wir gesagt: Wir brauchen unbedingt ein Gegengewicht, um zu zeigen, was jetzt notwendig ist. So ist das feministische Konjunkturpaket entstanden, das Investitionen in der Höhe von zwölf Milliarden Euro für Bildung, Elementarbildung, Gesundheit, Care und andere wichtige Leistungen fordert.

Was ist das spezifisch Feministische an diesem Konjunkturpaket und warum braucht es das?

E: Das Paket besteht eigentlich aus drei Paketen: ein Zukunfts- & Bildungspaket, ein Pflegepaket und ein Solidaritäts- & Lebensrettungspaket. Das Spezifische daran ist, dass das Gute Leben für alle in den Blick genommen wird. Geschlechtergerechtigkeit muss einen Kern ausmachen, denn nur geschlechtergerechte Wirtschafts- und Budgetpolitik ist gute Wirtschafts- und Budgetpolitik. Aber es geht nicht nur um Frauen, sondern es enthält eine breite Palette an Maßnahmen, die allen zugute kommen. Im Solidaritäts- und Lebensrettungspaket fordern wir einerseits ausreichende Finanzierung für Frauen- und feministische Gruppen und für den Kampf gegen Gewalt an Frauen, für den Gewaltschutz. Aber wir fordern auch die Verbesserung von Leistungen wie Psychotherapie oder Physiotherapie, wo die Krankenkassen oft nur wenig bezahlen, Maßnahmen zur Verbesserung der Grundsicherung, eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes. Feministisch ist hier sehr breit gedacht im Sinne, was braucht es für mehr Gerechtigkeit?

Woher soll das Geld kommen?

E: Das Wichtigste ist: das Konjunkturpaket ist finanzierbar. Es hat viele positive wirtschaftspolitische Auswirkungen, etwa in Bezug auf Beschäftigung und bessere Einkommen. Im Gegensatz zu anderen Maßnahmen, die derzeit durchgeführt werden, sind deshalb auch die Rückflüsse an Bund, Länder und Gemeinden in Form von Steuern und Sozialversicherungseinnahmen sehr hoch und das ermöglicht wieder neue Investitionen. Das ist schon wichtig im Vergleich zu den dauernden Steuergeschenken für die Reichen oder Lohnnebenkostensenkungen durch die Regierung. Diese bedeuten im Gegenzug fehlende Einnahmen, weniger Geld im Budget für das gute Leben aller. Wenn man Erbschaften und Vermögen auf OECD-Niveau besteuert oder umweltschädliche Subventionen beendet, ergeben sich weitere Einnahmequellen. Und schließlich: Die Coronakrise hat so viele Belastungen erzeugt, warum nicht diejenigen,



▲ Mehr für Care!-Infostand beim Aktionstag in Graz im Mai 2021

Foto: schu

die davon profitiert haben – das sind vor allem die mit großen Vermögen und große Konzerne – zur Kasse bitten und auch die Lasten mittragen lassen? Das wäre der Vorschlag des Attac Corona-Lastenausgleichs, eine einmalige Vermögensabgabe, die 70 bis 80 Milliarden Euro bringen würde. Es ist finanzierbar, die Frage ist, gibt es den politischen Willen, das auch umzusetzen – und den müssen wir einfordern.

Alexandra, wie ist aus diesem Konjunkturpaket die Initiative »Mehr für Care!« entstanden? Wer waren die Initiatorinnen?

A: Im Juli 2020 ist das Konjunkturpaket vorgestellt worden, aber wir haben uns gefragt, was kommt jetzt? Das alles wird kaum erreichbar sein, wenn es da nicht mehr Menschen gibt, die das wollen und fordern und sich dafür organisieren. Dann war es einmal in den Medien und das war's. Der erste Schritt war, eine Petition daraus zu machen. Elisabeth hat dann einige Vorträge gehalten, wir haben das kleine Netzwerk genutzt, das schon da war und da kam viel positive Resonanz. Der nächste Schritt war, gemeinsam mit jenen, die das Anliegen wichtig fanden, dazu ein Event zu organisieren und dabei ist auch das Motto »Mehr für Care! – für eine Wirtschaft, die für alle sorgt« entstanden. So lautete die Einladung für eine Online-Konferenz an zwei Nachmittagen im Februar 2021. Die Resonanz war sehr groß, an den beiden Tagen waren jeweils etwa 100 Personen präsent. Wir haben die Konferenz in dem Bewusstsein gemacht, dass nur, wenn wir uns organisieren und das strategisch angehen, »Mehr für Care!« möglich wird.

E: Ausgangspunkt war auch die jahrelange Erfahrung in feministischen Kreisen, dass es nicht reicht, die besseren Konzepte zu haben. Die Probleme sind durch Covid noch einmal wie durch ein Brennglas sichtbar geworden und trotzdem tut sich nichts in der Verschiebung der Machtverhältnisse. Jetzt geht es um die Mobilisierung quer durch Österreich.

Was sind die Ziele der Bewegung? Die Verbreitung der Forderungen, ihre Umsetzung?

A: Beides – damit es umgesetzt werden kann, braucht es erst die öffentliche Verbreitung. Ein zentrales Ziel ist, dass es endlich mehr Geld für Care-Arbeit gibt. Es geht aber auch um mehr Zeit, mehr Wert(schätzung), es geht um einen Umbau von Wirtschaft auf die Art, dass Care ins Zentrum kommt. Dieses Bild und Ziel ist erst im gemeinsamen Entwickeln der Konferenz entstanden.

Was habt ihr bisher gemacht?

E: Nach dieser Strategiekonferenz begann die Bildung und Stärkung von Regionalgruppen, nach Wien entstanden Gruppen in Graz, Salzburg, Linz und kürzlich auch in Innsbruck. Im Frühjahr und Frühsommer 2021 sind wir an die

Öffentlichkeit gegangen mit zwei Aktionstagen unter dem Motto »Steine ins Rollen bringen« und »mehr Platz für Care«. Das heißt, wir haben uns den Platz genommen, bunt und vielfältig. Wir hatten auch drei große Pakete mit auf der Straße, um damit die Inhalte zu transportieren.

Parallel begannen wir uns mit anderen Gruppen zu vernetzen, die selbst schon Kampagnen und Aktionen zu diesen Themen gemacht haben. Wir waren etwa dabei beim Streik der Kindergärtnerinnen, bei Aktionen der Pflege schon mehrfach. Außerdem sind wir auch intern noch damit beschäftigt, Struktur und Inhalte weiter zu entwickeln. Wir haben in dem ersten Jahr einiges erreicht, aber bei weitem noch nicht genug. Es geht weiter!

Was habt ihr in diesem ersten Jahr erreicht?

A: Wir haben uns das Ziel gesetzt, dass es in fünf Bundesländern Regionalgruppen gibt, das haben wir erreicht. Wir sind an die Öffentlichkeit getreten durch die Aktionen und mit einer Webseite. Wir waren in vielen Medien, es gab eine gute Berichterstattung rund um die Aktionstage, das Thema ist präsenter in der öffentlichen Diskussion. Es gab viel Vernetzung auf lokaler Ebene, mit Gruppen, die schon aktiv sind, um uns gegenseitig zu stärken.

Auf regionaler Ebene sind die Gruppen auch ganz konkret auf die Politik zugegangen. In Oberösterreich, wo es gerade ein neue Landesregierung gibt, die ein Budget erarbeitet, gibt es eine sehr erfolgreiche Petition mit den Forderungen des feministischen Konjunkturpakets. Vor den Grazer Gemeinderatswahlen wurden die Parteien ebenfalls mit diesen Forderungen konfrontiert.

E: Wir haben uns auch international vernetzt und sind in einem Netzwerk von verschiedenen Care-Initiativen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz. Wir sind zu einer internationalen Konferenz eingeladen. Auch das ist uns ein Anliegen und auch da haben wir schon erste Schritte gemacht. Fast alles, was wir tun, passiert unbezahlt, das beschränkt, wie schnell wir gehen können.

Was sind die Pläne für 2022?

E: Den Weg weitergehen. Größer werden. In alle Bundesländer kommen, gut vor Ort verankert zu sein. Noch mehr Menschen erreichen durch verschiedene Formate. Wir planen Workshops, ein Format, das wir neu entwickelt haben, die »Care(t)räume«, wo wir mit unterschiedlichen Menschen in Kontakt kommen wollen. Wir sind noch am Ausprobieren. Wir wissen, dass diejenigen, die in den Care-Berufen arbeiten, überlastet, teilweise ausgebrannt sind, die Berufe verlassen wollen. Auch in der unbezahlten Care-Arbeit gibt es noch immer Überlastung, vor allem von Frauen. Das ist eine Gruppe, in der sehr viel Unmut und Unruhe da ist und die wollen wir erreichen, mit ihnen ins Gespräch kommen, ohne sie gleich aktivistisch zu überfordern.

Aber wir nehmen uns auch wieder Zeit für strategische Planung. Bei der Strategieklausur im Januar haben wir die nächsten Ziele abgesteckt.

A: Wir haben überlegt, was sind die nächsten konkreten politischen Hebel, wo wir ansetzen können. Das feministische Konjunkturpaket ist doch sehr groß und in bestimmten Situationen macht es Sinn, dass man auf einzelne Bereiche fokussiert, wenn es um konkrete Entscheidungen geht. Wichtig ist auch, die Gewerkschaften mehr ins Boot holen.

Ein weiteres Projekt, das wir andeuten sind Care-Räte, einerseits ähnlich dem aktuellen Klimarat, andererseits Care-Räte auf Gemeindeebene. Das wäre eigentlich in allen Gemeinden möglich. Auf jeden Fall müssen verschiedene Formate und Aktionsformen ineinander greifen und kombiniert werden, die Petition, öffentliche Aktionen und vielfältige Formen der konkreten Beteiligung.

¹ In Österreich bezeichnet Budget die Summe aller staatlichen Einnahmen und Ausgaben in einem Jahr. Die Budgetpolitik legt fest, wie viele Mittel für welche Staatsaufgaben aufgewendet werden und durch welche Einnahmen oder Schuldenaufnahmen sie finanziert werden.

Link: www.mehr-fuer-care.at

Kooperation

Dieser Schwerpunkt entstand in Kooperation mit AEP = Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft, Innsbruck. Die Beiträge von Birge Krondorfer und Regina Novy sind ein Vorabdruck aus dem umfangreichen Schwerpunkt »Mehr für Care« in der Ausgabe 1/2022 der »AEP Informationen, feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft«, die Anfang März 2022 erscheint.

Link: www.aep.at

ANZEIGE

Ein ewig blinder Fleck?

Auch wenn es für die herkömmlichen Wirtschaftswissenschaften und die Organisation der Wirtschaft in keiner Weise selbstverständlich ist, ist Sorgearbeit ein wesentliches Feld für politische bzw. alternative Ökonomien und besonders für die feministische Ökonomie.

BIRGE KRONDORFER, WIEN

Carework (Sorgearbeit) ist seit Jahren das präsenteste Thema bei feministischen Ökonomen. Sorge, das meint Sorgfalt, Beistand, Hilfe, Bedürfnisorientiertheit, Umsicht, sich um andere kümmern. Kurz gesagt, Sorgetätigkeit ist ein sozialer Akt und wird zumeist mit der Unterstützung von Bedürftigen, seien es Kinder, Kranke, Alte, Arme verbunden. Sie umfasst aber viel mehr, nämlich das tägliche lebensnotwendige Versorgtwerden, das wir alle brauchen. Ihre spezifische Eigenschaft ist eine Verbindung von Aufmerksamkeit (schenken) und Gefühlen (bzw. Empathie), sei dies nun professioneller Art oder privater Weise. Das sind Kriterien, die nicht in die ökonomische Rationalität passen, denn diese reduzierten Bezüge zu anderen (auch zu anderem wie Natur) auf den Tausch von Gütern und Waren, was per Definition alle Carearbeit und fürsorgliche Tätigkeit verfehlt. Der konzeptionelle Rahmen einer ökonomischen Theorie und gesellschaftlichen Praxis, welche die gewinnorientierte Produktion und deren Organisation ins Zentrum stellt, verdrängt die menschliche Bedingtheit. Davon will eine männlich geprägte Ökonomie offensichtlich nichts wissen. Wie bequem und praktisch ist es doch die eigene Abhängigkeit von anderen Menschen einfach auszublenden und die Zuständigkeit für die (Natur-) Notwendigkeiten alles Lebendigen als wertlosen Rest des Unverwertbaren den Frauen (und den Niederrangigen) unterzubehalten – allerdings ohne Jubel und Rubel.

Das Menschenbild ...

... der Mainstreamökonomie ist das des »homo oeconomicus«, der sich seit der Neuzeit, also des Beginns des industriellen Kapitalismus als eine zentrale Figur der Moderne durchgesetzt hat. Zum vorherrschenden Idealtypus (nicht nur in der Wirtschaft) wird der erwachsene, weiße, bürgerliche, gesunde und heterosexuelle Mann, der von Zweckmäßigkeitsrationalität und Selbstbezogenheit geleitet, vornehmlich nach monetären Gewinn- und Verlustkriterien handelt. Dieses Modell eines autonomen, unabhängigen, souveränen Subjekts ist spätestens im Neoliberalismus der letzten Jahrzehnte zum Vorbild für alle Gesellschaftsmitglieder geworden. Was auch heißt, dass Gleichberechtigungstreiben (von Frauen, Minderheiten), die innerhalb dieses Rahmens einer dem Wettbewerb auf dem Markt verpflichteten Subjektförmigkeit bleiben, keine Emanzipation bedeutet. Wer in der Bedeutung von Karriere, Geld und Anerkennung in diesem System etwas werden will, unterwirft sich einem Regime des Unternehmer*innentums seiner*ihres selbst, der Optimierung des eigenen »Humankapitals«. In den Widerständen gegen dieses dominante Menschenbild und in den Entwürfen alternativen Arbeitens und Wirtschaftens geht es um nichts weniger als die Frage, wie wir leben wollen.



▲ Aktivist*innen von Mehr für Care! überbringen den Grazer Politiker*innen ihre Forderungen.

Foto: Sigrid Schönfelder

Kritische Reflektionen ...

... haben zur Sorgetätigkeit, ihrer Umformung in Dienstleistung sowie den Einsätzen für Care-Ökonomie Grundsätzliches zu sagen. Sie thematisieren die Kehrseite des »soveränen Subjekts«, den Preis und die Kosten, die die Existenz des historischen Unternehmers eines männlich bestimmten Subjekts der Selbstsicherheit gezeitigt hat. Diese Kehrseite ist mehr als nur der Januskopf der zwei Seiten einer Münze, sie ist ihr Fundament. Sie ist die Basis, die das gesamte Arbeits- und Kapitalsystem am Funktionieren erhält. Sie ist der blinde Fleck einer wachstumsbesessenen Wirtschaft, in der Frauen und Mütter die unerkannte und unerkannte Infrastruktur des gesellschaftlichen Zusammenhalts darstellen. Pointiert gesagt, die kapitalistische Akkumulation, das Gesamt der sozialen Körperschaft und die Organisation des Privatlebens werden durch Ausbeutung erhalten. Von Beginn an stand die Unsichtbarkeit der Frauenarbeit, ihre spezifischen Merkmale als Beziehungsarbeit und Begründungsversuche für die andauernde und kulturenübergreifende Bereitschaft von Frauen – im Unterschied zu Männern – unbezahlt zu arbeiten, im Fokus von theoretischen und praktischen Auseinandersetzungen.

Für die Frauenforschung ...

... war von Anbeginn die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung Dreh- und Angelpunkt des Problems. Geprägt von der marxistischen Tradition, die, vereinfacht gesagt, von der Ausbeutung der Arbeiterschaft ausgeht, die den Mehrwert, das Kapital produziert, das ihnen aber nicht gehört, wurde die Tätigkeit, die die Arbeitskräfte außerhalb der Fabrik am Leben erhält, »Reproduktion« genannt. In Anlehnung an das Marxsche Konzept der gesellschaftlichen Reproduktion, die alle Tätigkeiten umfasst, durch die der Kapitalismus sich selbst erhält und die Klassenverhältnisse reproduziert, und in Kritik an dessen Vorstellung, dass die Wiederherstellung der Arbeitskraft nur durch den Konsum von Waren aufrechterhalten wird, entwickelte sich der feministische Begriff der »Reproduktionsarbeit«. Seit der länderübergreifenden Kampagne von Frauen für »Lohn für Hausarbeit« in den 1970er Jahren hat sich dieser Wortlaut bis in die 1990er etabliert und umfasste bald nicht nur Hausarbeit, sondern auch die Kinderaufzucht und überhaupt die Beziehungsarbeit. Die Entwertung dieser den Frauen zugeordneten Tätigkeiten halten die Kosten der Arbeitskraft niedrig. Als

nicht-ökonomisches Tun abgewertet ist diese Arbeitsteilung ein Strukturmerkmal des Kapitalismus, der diese Frauenarbeit als Nicht-Arbeit und deshalb als irrelevant definierte.

Auch für den in den 1980er Jahren ...

... entwickelten »Subsistenzansatz« gilt, dass das Funktionieren des Kapitalismus von der Nichtentlohnung eines fundamentalen Teils der gesellschaftlich notwendigen Arbeit abhängig ist, wobei die Perspektive universalisiert wurde. Die Herrschaft des »weißen Mannes« basiert auf der Ausbeutung seiner drei Kolonien: Frauen, Natur und dritte Welt. Es wurde auf eine nicht über den Tausch vermittelte Produktion gesetzt, die gebrauchswertorientiert ist und ein hierarchie- und ausbeutungsfreies Arbeiten und Leben durch den Rückgriff auf ein sich selbsterhaltendes Wirtschaften ermöglichte. Damit einher ginge die Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung und ein angemessener Umgang mit Natur. Diese Perspektive zielte nicht darauf ab die Frauen in den Kapitalsektor hineinzubringen, sondern umgekehrt, die Männer aus diesem herauszuholen. Denn im kapitalistischen System sei die Gleichberechtigung der Geschlechter unmöglich, weshalb auf dieses völlig andere Wirtschaften gesetzt wurde.

Solcherart radikale Utopien ...

... wurden mit der Durchsetzung des globalen (finanz-)marktförmigen Weltgeistes in den 1990er Jahren stillgelegt. Das System stellte sich (selbst) als alternativlos dar. Auch die Thematisierung der Reproduktionsarbeit verschwand weitgehend aus den feministischen Debatten: einerseits aus Ermüdung an der immer gleichen Klage, andererseits, weil der Begriff zu eng an das Modell der männlich konnotierten sogenannten produktiven dingbezogenen Lohnarbeit gebunden bleibt, und drittens aufgrund der neoliberalen ökonomischen Entwicklung zur Dienstleistungsökonomie mit ihren Prozessen der Kommodifizierung (zur Ware machen) von früher unbezahlten Arbeiten. Ab Beginn des neuen Jahrhunderts wird nunmehr für sorgende Tätigkeiten international das englische Wort »Care« (Care-Ökonomie, Care-Arbeit, Care-Sektor etc.) benützt. Das hat zum Teil zu einer Erweiterung der Sichtweisen geführt. Unter Care-Ökonomie wird allgemein jener Teil der Wirtschaft verstanden, der die Fürsorge von Menschen und ihrer Umgebung betrifft und eine personale Ebene beinhaltet, unabhän-

gig davon ob bezahlt oder unbezahlt, formell oder informell, sozial gesichert oder auch nicht. Care-Ökonomie als feministische Ökonomie will die Diskrepanz zwischen der behaupteten primären Ökonomie (Markt, Produktivität, Profit) und der unsichtbaren Ökonomie durchbrechen und neue Modelle entwickeln, die unter anderem auf eine gerechte, heißt gründliche Umverteilung von Geld und Ressourcen abzielen.

Care steht im Zentrum ...

... einer feministischen Care-Ökonomie und stellt die androzentrische (Wirtschafts-) Wissenschaft, die von jeher all das, was Mann tut für basal und alles, was Frau tut für banal hält, vom Kopf auf die Füße. Ein Paradigmenwechsel steht an, denn es ist genau diese mit Weiblichkeit assoziierte Arbeit, ohne die die Wirtschaft scheitern muss, da sie den Daseinszweck allen Wirtschaftens immer wieder bereithält: die herstellenden und die verbrauchenden Menschen. Werden hingegen die trivialisierten Sphären und Tätigkeiten in die Mitte gerückt, wird auch deutlich, dass Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik untrennbar zusammenhängen. Deshalb kommen die neuen kritischen Bewegungen und Gegenwürfe zu einer rücksichtslosen Wachstums- und Konsumlogik ohne Care oder auch ohne die »alten« feministischen Projekte nicht mehr aus, wie etwa das Konzept von »Degrowth« Anleihen an der Subsistenzperspektive wieder aufnimmt. Die Programmatiken von Solidarischer Ökonomie, Commons, Tausch- und Schenkökonomien, Fridays for Future, Grundeinkommen, Gemeinwohlökonomie, Konzepte für Zeitwohlstand und andere inkludieren die Care-Problematik. Denn diese ist nach wie vor Dreh- und Angelpunkt von geschlechtersolidarischen und demokratischen Verhältnissen, auch wenn leider von feministischer Seite immer wieder darauf hingewiesen werden muss, dass diesseits von Genderneutralität und Gleichheitsrhetoriken Care (noch) nicht geschlechtslos gedacht werden kann. Es ist auch nicht damit getan, in einer gerechteren Monetarisierung aller Lebensbereiche das Heilmittel zu sehen, da sie das System nicht überschreitet und uns nicht davon befreit.

Derweil läuft das Rad mit seinen ausgeblendeten Flecken wie gehabt. Statt einer alle betreffenden wechselseitigen fürsorglichen Praxis werden systemimmanent Unterlegene für die Sorge um die Fundamente des Gemeinwesens und das Unverfügbare des Lebens weiterhin gefügig gemacht. Jawohl, eine Care Revolution muss her!

ANZEIGE

aep
informationen

Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft

Feminismus ist für alle

- eine der wichtigsten feministischen Zeitschriften im deutschsprachigen Raum
- seit über 48 Jahren
- erscheint vierteljährlich
- Abonnement: € 28,- jährlich, Ausland € 35,-
- zu bestellen: informationen@aep.at

SCHWEIZ: VOLKSABSTIMMUNG FÜR BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN

Große Mehrheit für die Pflegeinitiative

Am 28. November sagte die Schweizer Bevölkerung »Ja« zur Pflegeinitiative. Eine Mehrheit von 61 Prozent setzte ein deutliches Zeichen für bessere Arbeitsbedingungen. Es war das erste Mal überhaupt, dass ein Volksbegehren aus Gewerkschaftskreisen angenommen wurde. Der weniger weit gehende Gegenvorschlag des Bundesrates und der bürgerlichen Parlamentsmehrheit hatte keine Chance.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Mit einem »Applaus an die Schweizer Bevölkerung« bedankte sich das Initiativkomitee für das deutliche Ja zur Pflegeinitiative. In Anspielung auf das Klatschen für die Pflegekräfte während der »Corona«-Krise sagten die InitiatorInnen, dass die StimmbürgerInnen »unsere Situation und unsere Nöte erkannt haben und sich für uns ausgesprochen haben«.

Auch die unterstützende Gewerkschaft Unia freute sich über das »historische« Abstimmungsergebnis und stellte eine »überwältigende Mehrheit als starkes Zeichen für bessere Arbeitsbedingungen« fest. Der Ball liege nun beim Bundesrat und beim Parlament: Sie müssten für eine faire Pflegefinanzierung, gute Arbeitsbedingungen und mehr Personal sorgen, damit eine gute Pflege sichergestellt werden könne, so die größte Gewerkschaft der Schweiz.

Beseitigung des Pflegenotstands

Die 2017 vom Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) lancierte Initiative verlangte eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Pflegenden in Alterszentren, Krankenhäusern sowie der so genannten Spitex, die Leistungen zu Hause erbringt. Innerhalb kurzer Zeit sammelte der Verband die erforderlichen 100.000 Unterschriften. Um den Pflegenotstand zu beseitigen, sollten drei Forderungen umgesetzt werden:

- mehr Pflegenden ausbilden,
- Arbeitsbedingungen verbessern, um Berufsausstiege zu verhindern,
- die Pflegequalität sichern, damit genügend Pflegenden auf allen Abteilungen garantiert sind.

Denn ähnlich wie in Deutschland sei der Pflegenotstand in der Schweiz längst Realität. Laut dem SBK seien derzeit 11.000 Stellen in der Pflege unbesetzt. Bis zum Jahr 2029 brauche es 70.000 zusätzliche Pflegenden. Außerdem verlasen derzeit vier von zehn Pflegenden frühzeitig ihren Beruf.

Im Verlauf der Abstimmungskampagne hatte sich vor allem das Argument, es seien Verbesserungen für alle in der Pflege tätigen Personen notwendig, als überzeugend erwiesen. Denn es wurden wörtlich »die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für alle Pflegenden und die Möglichkeiten der beruflichen Weiterent-



▲ Plakat der Pflegeinitiative

Foto: Pflegeinitiative

wicklung für alle Pflegenden« gefordert. Werden zudem die Pflegeleistungen fair finanziert, helfe das ebenfalls allen, denn es könnten mehr Pflegenden eingestellt und höhere Löhne bezahlt werden.

Regierung muss handeln

Der Bundesrat (Exekutive) und die Mehrheit des Parlaments hatten einen Gegenvorschlag unterstützt, der lediglich Teile der Initiative aufgriffen und sie sofort in Kraft gesetzt hätte. Diesen Kompromissvorschlag kommentierte Christina Schumacher vom SBK als unzureichend: »Den Pflegenden einreden zu wollen, der Gegenvorschlag sei besser wegen der – angeblich – rasche-

ren Umsetzung, ist in etwa so, wie wenn ich einer Patientin sage, das Medikament, das ich ihr gegen ihre Schmerzen gebe, wirke zwar kaum, dafür aber schnell.«

Mit dem Ja der StimmbürgerInnen ist der Gegenvorschlag nun obsolet. Gemäß den Forderungen der Initiative hat das Parlament nun vier Jahre Zeit, um einen Gesetzesartikel für die Umsetzung der Initiative zu erlassen. Schon früher, nämlich innerhalb der nächsten einhalb Jahre, muss der Bundesrat etwas gegen den Mangel an Pflegefachkräften unternehmen. Dies schreibt der Initiativtext vor.

»Überbelastung und Stress, zu wenig Zeit für Familie und Freizeit, ständiges Einspringen und zu wenig Personal auf den Schichten«: Laut der

Gewerkschaft Unia müsse der Bundesrat nun aufzeigen, wie er gemeinsam mit Kantonen und Sozialpartnern die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern will.

Dezentral zum Erfolg

Nachdem das Abstimmungsergebnis bekannt wurde, sprach Cédric Wermuth, Co-Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP), von einem »Freudentag« und wertete die erstmalige Annahme einer gewerkschaftlichen Initiative als Zeichen einer »Zeitenwende«. Das Argument, das Resultat sei vor allem den Umständen, also der »Corona-Pandemie«, zu verdanken, wies er zurück. Die Notwendigkeit, die Pflegeberufe aufzuwerten, sei in großen Teilen der Bevölkerung anerkannt. Auch der Krankenkassenverband Santésuisse teilte mit, man unterstütze die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen in der Pflege.

Maßgeblichen Anteil am Erfolg der Initiative dürften jedoch die mit großem Engagement getragenen lokalen Veranstaltungen, Stände und Aktionen gehabt haben. So hätten laut SBK die vielen »Walks of Care« und der »Swim for Care« im Thunersee der Bevölkerung aufgezeigt, dass es »mehr als fünf vor zwölf zum Handeln« sei.

Nach dem Abstimmungserfolg gehe ihr Einsatz für eine gute Pflege selbstverständlich weiter, sagten die Unia-Delegierten im Pflegebereich Ende November. Vier Jahre nach dem beeindruckenden, landesweiten Frauenstreik soll im Sommer 2023 ein nächster »großer Frauenstreiktag« stattfinden. Am kommenden 9. April wird zudem die branchenübergreifende Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich mit einem dezentralen Aktionstag auf die Straße getragen.

Links:

www.sbk-be.ch

www.unia.ch

Literaturtipps

- Bettina Haidinger, Käthe Knittler: Feministische Ökonomie. Eine Einführung, Wien 2014
- Gisela Notz: Theorien alternativen Wirtschaftens. Fenster in eine andere Welt, Stuttgart 2011
- Ina Prätorius: Wirtschaft ist Care, oder: Die Wiederentdeckung des Selbstverständlichen, Hg. Heinrich-Böll-Stiftung 2015
- WIDE: Wirtschaft anders denken. Feministische Care-Ökonomie: Theorie und Methoden, 2016, bestellbar bei WIDE – Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven, Wien

Die Forderungen des feministischen Konjunkturpakets in Österreich

A) Zukunfts- & Bildungspaket - fünf Milliarden Euro

Investitionen in Kindergärten und Schulen verbessern nicht nur die Zukunftschancen unserer Kinder und die Arbeitsbedingungen vieler Frauen. Sie verbessern auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wovon Frauen und insbesondere Alleinerzieher*innen am stärksten profitieren. Und sie haben ein besonders hohes Potential als Wirtschaftsmotor.

- Kindergartenpaket (zwei Milliarden Euro)
 - Lohnerhöhung für Pädagog*innen um zehn Prozent (120 Millionen)
 - Zusätzliche pädagogische Fachkraft in jeder Gruppe (720 Millionen)
 - Zusätzliche Fachkräfte für Integration und Vielfalt (210 Millionen)
 - Ausbau – zusätzlich 37.000 Plätze (310 Millionen)
 - Vollzeitöffnung (290 Millionen)
 - Kostenloser Kindergarten und Krippenbesuch (ein bis sechs Jahre) (350 Millionen)
- Ausbau der Ganztageschule – Recht auf Ganztageschulplatz für jedes Kind (850 Millionen)
- Erhöhung der Sozialarbeit in Schulen
- Kinderbonus für alle Kinder: zusätzlich 1.000 Euro Familienbeihilfe pro Jahr statt der 1.500/1.750 Steuerergänzung für die wohlhabenden Männer (alias Familienbonus) (250 Millionen)
- Gleiche Familienbeihilfe für alle, unabhängig vom Wohnort der Kinder (62 Millionen Euro)
- Recht auf Auszeitjahr für alle (1,5 Milliarden)
- Unterhaltsgarantie (405 Millionen)

B) Pflegepaket - vier Milliarden Euro

Eine Verdoppelung der öffentlichen Ausgaben schafft menschenwürdige Pflege zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen.

- Schaffung guter Beschäftigungsverhältnisse, mehr Personal & bessere Arbeitszeiten (1,3 Milliarden)
 - Bessere Entlohnung – Lohnerhöhung Pfleger*innen (500 Millionen)
 - Mehr Krankenpfleger*innen, Ausbau Pflegeplätze (1 Milliarde)
 - Qualifizierung Pfleger*innen (90 Millionen)
- Valorisierung Pflegegeld um zehn Prozent (260 Millionen)
- Entlastung pflegender Angehöriger (Vertretung im Krankheitsfall und bei Urlaub) (850 Millionen)

C) Solidaritäts- & Lebensrettungspaket: Gesund leben - drei Milliarden Euro

Das Solidaritäts- und Lebensrettungspaket schützt die Gesundheit und bringt gleichzeitig wichtige wirtschaftliche Vorteile mit sich. Gewalt gegen Frauen und psychosoziale Belastungen haben nicht nur individuelle, sondern auch hohe volkswirtschaftliche Kosten. Die Erhöhung von Arbeitslosengeld und Mindestsicherung sichert Lebensgrundlagen und schafft jetzt besonders wichtige Nachfrage.

- Gewaltschutz (228 Millionen Euro) + 3.000 Arbeitsplätze im Gewaltschutzbereich
- Ausbau Kassenärzt*innenstellen und Primärversorgungszentren
- Ausbau psychosozialer Beratung (Kinder-, Frauen-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Gewaltschutzbereich)
- Erhöhung des Kostenzuschusses für Psychotherapie, Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie auf ein kostendeckendes Niveau
- Psychotherapie, Physiotherapie und andere Therapieplätze auf Krankenschein und mehr Krankenkassen-Vertragstherapeut*innen (mit guten Konditionen)
- Vereinfachung des Zugangs zu freiberuflichen Therapeut*innen
- Erhöhung Arbeitslosengeld und Mindestsicherung
- Internationale Zusammenarbeit zu Gesundheit, sozialer Sicherheit und nachhaltiger Wirtschaft durch inklusive und geschlechtergerechte Entwicklungszusammenarbeit (+ 100 Millionen Euro)
- Politische Unterstützung für Investitionen in öffentliche Gesundheitssysteme weltweit und Entschuldung der Länder des globalen Südens ohne neue Sparauflagen

Finanzierung: Wer viel hat, soll einen fairen Beitrag leisten!

Finanziert werden kann das Halbe-halbe-Paket durch Beiträge der Reichsten unserer Gesellschaft. Als Anstoßfinanzierung würde ein einmaliger Corona-Lastenausgleich auf hohe Vermögen 70 bis 80 Milliarden Euro (auf fünf Jahre) einbringen. Weitere nationale Maßnahmen zur Steuergerechtigkeit garantieren eine langfristige Finanzierbarkeit:

- Allein die Erhöhung des Anteils von vermögensbezogenen Steuern am BIP auf OECD-Durchschnitt würde rund sechs Milliarden Euro jährlich einbringen.
- Eine progressive Besteuerung von Unternehmensgewinnen würde rund 2,4 Milliarden Euro jährlich einbringen.
- Ein Stopp umweltschädlicher Förderungen in Österreich in den Bereichen Verkehr, Energie und Wohnen schafft Spielraum für vier Milliarden Euro an Investitionen.

Erfahrung. Macht. Wissen

Als Physiotherapeutin und Osteopathin arbeite ich, wie alle im Care-Bereich Tätigen, in unmittelbarer Interaktion mit Menschen. Unsere Arbeit erfordert neben fundiertem fachlichem Wissen ein hohes Maß an sozialer Kompetenz. Diese Kompetenz geht weit über weiblich konnotierte »Fürsorge« hinaus. Sie beruht neben einer fachlichen Expertise auch auf Erfahrungswissen, auf implizitem Wissen.

REGINA NOVY, PHYSIOTHERAPEUTIN UND OSTEOPATHIN,
MEHR FÜR CARE!

Die Geschichte der »nicht ärztlichen Gesundheitsberufe«, dazu zählen unter anderem Physiotherapeut*innen, Ergotherapeut*innen, Logopäd*innen und Hebammen, ist eine Geschichte von medizinischen »Hilfsberufen«, die sich aus einer den Ärzt*innen dienenden Rolle zu vermehrt eigenständigen, selbstverantwortlich handelnden Gesundheitsberufen entwickelt haben. Diese Entwicklung hängt zu einem guten Teil mit der Möglichkeit zusammen, selbstständig arbeiten zu können, das heißt, sich aus den noch immer streng hierarchisch und patriarchal geprägten Gesundheitsinstitutionen lösen zu können und in eigener Praxis zu arbeiten.

Für mich war der Schritt in die Selbstständigkeit eine Möglichkeit, aus dem engen hierarchischen Korsett einer Universitätsklinik auszubrechen. Ich halte die Möglichkeit, selbstständig arbeiten zu können für unsere Berufsgruppen für essentiell, um eine eigene Identität zu entwickeln und sich von der Ärzteschaft zu emanzipieren. Diese ist in Österreich, vertreten durch eine machtbewusste Ärztekammer, noch immer daran interessiert, die Monopolstellung des Arztberufs zu verteidigen und das Empowerment nicht ärztlicher Gesundheitsberufe möglichst zu verhindern.

Noch immer entscheiden Ärzt*innen

In Österreich wird Medizin noch immer so verstanden, dass Ärzt*innen über den anderen Gesundheitsberufen stehen und bestimmen, welche Behandlungen (Physiotherapie, Ergotherapie, ...) ein Mensch bekommen soll, auch wenn sie über diese therapeutischen Zugänge oft wenig Bescheid wissen. Im Unterschied zu skandinavischen Ländern können therapeutische Berufe in Österreich noch immer nur auf ärztliche »Verordnung« und noch nicht nach dem Prinzip des »Primärzugangs« arbeiten, also so, dass die Patient*innen direkt eine Therapeut*in aufsuchen können, ohne vorher eine Verordnung vom Arzt bzw. von der Ärztin einzuholen.

Das jahrelange Tauziehen um Primärversorgungszentren, die in ihrem ursprünglichen Entwurf eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen den verschiedenen Gesundheitsberufen vorgesehen hätten, ist ein weiteres Beispiel für die Machtpolitik der Ärztekammer. Diese Idee wurde von der Ärztekammer jahrelang blockiert und schließlich zu einem »Team rund um den Arzt« umgeformt.

Die zunehmende Wertschätzung unserer Arbeit durch die Patient*innen und die dringende Notwendigkeit des Ausbaus therapeutischer Angebote wird durch ausgebuchte Praxen



▲ Pflegeprotest in Graz im Oktober 2021

Foto: schu

und lange Wartelisten sichtbar. Immer mehr Menschen erkennen den Wert qualifizierter therapeutischer Angebote. Aber viele können sich diese nicht leisten. Der 2021 ausgehandelte Rahmenvertrag zwischen ÖGK (Österreichische Gesundheitskassa) und Physio Austria, dem Berufsverband der Physiotherapeutinnen, ist ein wichtiger Schritt zum Ausbau kostenfreier therapeutischer Angebote im ambulanten Bereich.

Die gestiegene Anerkennung ist meiner Wahrnehmung nach auch auf die zunehmende Professionalisierung und Akademisierung zurückzuführen. Die Ausbildungen der »gehobenen medizinisch-technischen Berufe« wurden 2005 auf Fachhochschulniveau angehoben, in manchen Bereichen mit der Option, auch ein Masterstudium anzuschließen. Somit wurde die Möglichkeit geschaffen, eigenständige berufsspezifische Forschung zu betreiben.

Die Etablierung qualitativer Forschung im Gesundheitsbereich, die über die naturwissenschaftliche Betrachtung des Menschen hinausgeht und andere Disziplinen wie Philosophie, Soziologie und Psychologie einbezieht, halte ich für einen wichtigen Schritt zur Stärkung eines Menschenbildes im Gesundheitsbereich, das an den Fähigkeiten und Ressourcen von Menschen und deren Lebensumwelt und nicht primär an deren Defiziten orientiert ist.

Ein Forschungsansatz, der das implizite Wissen und die erfahrungsbasierten Kompetenzen in den Fokus nimmt, ermöglicht es, die Care-Arbeit differenziert zu beleuchten und kann dazu beitragen, diese in einer Art und Weise zu professionalisieren, die sowohl für die im Care-Bereich Tätigen eine reflektierte Praxis ermöglicht, als auch deren Arbeit in der gesellschaftlichen Wahrnehmung aufwertet.

Erfahrungswissen als Kernkompetenz im Care Bereich

Als »praktische Expert*innen« entwickeln wir im Laufe unseres Berufslebens einen reichen Schatz an Erfahrungswissen. Dieses Erfahrungswissen ergänzt eine fundierte medizinische Ausbildung. Erfahrungswissen ist verkörpertes Wissen und im impliziten, leiblichen Gedächtnis abgespeichert. Das implizite, gefühlte Wissen steht noch immer im Schatten des expliziten, objektivierbaren Wissens. Und damit meine ich keinesfalls, dass esoterische Behandlungsmethoden mit wissenschaftlich fundierten Methoden gleichgestellt werden sollen. Es geht vielmehr darum, ein breiteres Bewusstsein für die Bedeutung von gelebter (leiblicher) Erfahrung zu entwickeln und auch im wissenschaftlichen Diskurs zu verankern. Dafür braucht es sowohl

in der Ausbildung als auch in der praktischen Tätigkeit Räume, das therapeutische Handeln in seiner Verschränktheit von Fühlen und Denken zu begreifen und dieses auch wissenschaftlich aufzuarbeiten. Wir müssen lernen, für das, was wir tun, Worte zu finden, also unser implizites Wissen zu explizieren.

Fachlich fundierte Begleitung

Als Physiotherapeutin begleite ich Menschen dabei, nach einer einschneidenden Lebenskrise wieder die ersten selbstständigen Schritte zu machen. Als Osteopathin begreife meine »wissenden Hände« Dysbalancen im Gewebe. Die Ergotherapeutin unterstützt Menschen, sich neue oder andere Handlungskompetenzen anzueignen. Eine Logopädin stellt ihre Kompetenz zur Verfügung, dass Menschen die eigene Stimme entdecken und erheben können. Hebammen begleiten Menschen ins Leben hinein und unterstützen Frauen dabei, all ihre Kraft dafür zu bündeln. Wir stellen also unsere fachliche Expertise zur Verfügung, damit Menschen wesentliche Entwicklungsschritte vollziehen können, die gesundheitspolitisch und daher gesellschaftlich relevant sind.

Wenn ich zum Beispiel als Physiotherapeutin mit einer Person arbeite, die aufgrund einer neurologischen Erkrankung nicht mehr alleine aufstehen kann, bin ich in meinem Handeln einerseits von meinem medizinischen, anatomischen und neurophysiologischen Wissen geprägt. Andererseits habe ich die Erfahrung von vielen ähnlichen Situationen in meinem Körper abgespeichert. Sie sind in meinem Leibgedächtnis/impliziten Gedächtnis als Handlungsmöglichkeiten abgelegt und können abgerufen und mit der momentanen Situation verknüpft werden. Meine Hände wissen also, mit welchem Druck sie mit dem Menschen Kontakt aufnehmen, damit er sich sicher fühlen kann. Ich kann wahrnehmen, welches Tempo es in der momentanen Situation braucht, um den Übergang vom Sitzen ins Stehen angstfrei zu bewältigen. Mein Rhythmus stimmt sich mit dem Körper des Gegenüber ab. Wir sind in einer gemeinsamen Situation, die Behandlung findet in Kooperation miteinander statt.

Erfahrungswissen braucht Zeit und Raum

Die mechanische Wiederholung von Bewegungs- oder Handlungsabläufen unter Zeitdruck kann hingegen kaum Erfahrungswissen generieren und schafft auch keinen Raum, es abzurufen. Erfahrungswissen kann dann entstehen (und abgerufen werden), wenn die Umgebung so

gestaltet ist, dass ein sicheres und stressfreies Arbeiten möglich ist und wenn ausreichend Zeit zur Integration vorhanden ist. Nur wenn ich Frei-Räume zur Reflexion und Ruhe habe, kann ich auf mein implizites Wissen zurückgreifen. Dafür müssen zeitliche und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Wir wissen, dass es im Care-Bereich meist an genau diesen Ressourcen mangelt.

Ein Blick in die Zukunft

Wie wollen wir die Care Arbeit in der Gesellschaft verankert sehen?

Für Gesundheits- und Pflegeberufe müssen adäquate Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit in einer sozial abgesicherten Situation mit ausreichend zeitlichen und finanziellen Ressourcen gearbeitet werden kann. Beziehungsarbeit braucht Zeit. Und es muss auch ermöglicht werden, dass in Gesundheitsberufen und in der Pflege tätige Menschen Erfahrungswissen etablieren und anwenden können, das den Menschen, die auf gesundheitliche Betreuung angewiesen sind und letztlich der ganzen Gesellschaft zugute kommt.

Es ist ein Faktum, dass in vielen Bereichen des Gesundheits- und Pflegesystems erschreckend schlechte Arbeitsbedingungen herrschen und die Menschen überfordert und ausgelaugt sind. Mehr für Care! zeigt diese Missstände auf und setzt sich klar für Veränderungen ein.

Mehr für Care! eröffnet zugleich den Raum, nicht nur auf die mangelnden Ressourcen zu fokussieren. Wenn wir nämlich ausschließlich die negativen Seiten des Care-Sektors beleuchten, kann in der öffentlichen Wahrnehmung ein defizitäres Bild dieser Berufe entstehen. Es geht aber auch darum, diese Berufe in ihren Stärken und Kompetenzen öffentlich repräsentiert zu sehen. Denn Menschen, die im Care-Bereich arbeiten, bringen neben ihrer fachlichen Expertise auch Fähigkeiten in die Gesellschaft ein, die Kernkompetenzen für Führungskräfte sind: Ein hohes Maß an sozialer Kompetenz, die Fähigkeit mit komplexen Situationen umzugehen, das tägliche Aushandeln von Kompromissen, ein hohes Maß an Flexibilität und die Fähigkeit, einer Situation angepasst rasch Entscheidungen treffen zu können.

Mehr für Care! bedeutet für mich also neben der Bereitstellung notwendiger finanzieller Ressourcen auch eine gesellschaftliche Aufwertung der auf Erfahrung beruhenden Expertise, die Menschen einbringen, die im Care-Sektor arbeiten. Eine Erweiterung von deren Handlungsspielräumen würde auch eine Aufwertung des Care Sektors bedeuten.

ANZEIGE

Gefangene nicht vergessen!

In schwierigen Zeiten sind verlässliche Informationen lebenswichtig.

Bitte spenden Sie »contraste« für Gefangene zum Preis von jährlich 45,00 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:
Freiabonnements für Gefangene e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE02 1002 0500 0003 0854 00
Kennwort: »contraste«
www.freilabos.de

VERFOLGUNG VON ABSEILAKTIONEN ÜBER AUTOBAHNEN

» Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten «

Absurderweise wollen Autolobby und Politik die durch sie verursachten, wachsenden Verkehrsmengen, Staus und all die damit verbundenen Belastungen trotzdem mit weiteren Straßen bekämpfen – also Feuer mit Öl, fast wörtlich. Mit dem Verkehr erhöhen sich dann auch Lärm, Verkehrstote und -verletzte, Flächenversiegelung, Feinstaub.

JÖRG BERGSTEDT, PROJEKTWERKSTATT SAASEN

Ein Elektroantrieb ändert daran nichts. Der einzige Ausweg besteht in der Umkehrung: Weniger Straßen für Autos, Umwidmung zu Fußgänger*innenzonen, Fahrradstraßen und Schienenstrecken. Dafür kämpfen Verkehrswendeaktivist*innen mit vielfältigen Aktionen. Eine besondere Symbolik haben dabei Autobahnen als Hauptschlagadern des Verkehrsflusses. Der Protest findet zunehmend auch auf ihnen statt. Das geht: »Die spezifische Widmung der Autobahnen für den überörtlichen Kraftfahrzeugverkehr schließt deren Nutzung für Versammlungszwecke nicht generell aus«, stellte der Hessische Verwaltungsgerichtshof am 4. Juni 2021 fest (Az. 2 B 1193/21). Andere Gerichte urteilten ähnlich. So hat es 2020 und 2021 einige Raddemos auf Autobahnen gegeben, mehrere davon in Zusammenhang mit der Besetzung des Dannenröder Forstes. Jedes Mal wurden die Magistralen gesperrt – alles legal. Warum ist es dann plötzlich eine nicht hinnehmbare Gefahr und wird als heftige Straftat verfolgt, wenn Menschen über einer Autobahn Spruchbänder anbringen? Sie sind genauso eine Versammlung, indem sie direkt am passenden Ort und gegenüber vielen, die die Autobahn nutzen, ihre Vision einer Verkehrswende kundtun. Doch die Beteiligten landeten schon mehrfach in Untersuchungshaft und werden nun vor Gericht gestellt – zunächst in Frankfurt, später auch an anderen Orten. Raddemo auf der Autobahn legal, aber Transpi-Aktionen über der Autobahn eine schwere Straftat? Das schon wäre absurd.

Doch es wird noch unklarer: Je nachdem, über welcher Autobahn



▲ Aktionen über der A9 zur Eröffnung der IAA 2021

Foto: Archiv Projektwerkstatt

es passiert, ändern sich die Strafvorfälle, weil sich die Justiz völlig uneinig ist. Einige Staatsanwaltschaften sehen gar keine Straftat – und liegen damit juristisch völlig richtig. Andere fordern mehrjährige Haftstrafen.

Uneinigkeit in der Justiz

Dabei sind Autobahn-Abseilaktionen nichts Neues. Im Jahr 2000 musste der Messeschnellweg in Hannover zur Expo2000-Eröffnung gesperrt werden. Im Jahr 2015 hängten Aktivist*innen Spruchbänder an der Autobahn nahe dem Tagebau Garzweiler auf. Die Polizei sperrte die Strecke, was andere nutzten, um über die Betonpiste zu den Kohlebaggern zu gelangen. Die Räumung der besetzten Wälder auf der A49-Trasse in Hessen provozierte dann gleich mehrere solcher Aktionen – und in der Folge die ersten harten, aber auch sehr unterschiedlichen Reaktionen des Staates. Am 1. und 6. Oktober erwischte es die A5 in der Nähe der Räumungen – die Staatsanwaltschaft Gießen sah darin gar keine Straftat. Drei Wochen später sah das rund um

Frankfurt ganz anders aus: Die Beteiligten verschwanden zum Teil für mehrere Wochen in Untersuchungshaft und erwarten ab Februar 2022 mehrere Strafprozesse – mal wegen Nötigung, mal wegen gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr. Für eine andere Aktion lautet die Anklage sogar auf Körperverletzung, weil acht Kilometer entfernt ein Fahrer nicht aufpasste und – ohne Gurt, aber mit Handy am Ohr – ins Stauende krachte. Für die weiteren Aktionen, darunter der 27. November 2020 mit neun gleichzeitigen Blockaden bundesweit, der 23. März 2021 über der A39 im Zusammenhang mit Aktionen gegen den VW-Konzern in Wolfsburg, der 15. April 2021 rund um Bremen, dem Gastgeber der gleichzeitigen Verkehrsminister*innenkonferenz, und dem 7. September 2021 zu Eröffnung der IAA rund um München, sind bislang keine Verfahren eröffnet.

Was aber schon sichtbar ist: Die Rechtsfragen scheinen knifflig. Die Aktivist*innen haben sich ganz bewusst stets mehr als 4,70 Meter über der Autobahn aufgehalten und alle mitgeführten Sachen gegen

Runterfallen gesichert. In dieser Höhe endet der offizielle Bereich der Straße. Einige Anklagebehörden griffen deshalb zu einem abenteuerlichen Trick. Zwar hätten die Aktivist*innen nie selbst den Verkehr gestoppt oder gefährdet, aber durch ihr Handeln die Polizei zu ihrem »willenslosen Werkzeug« gemacht, um durch diese den Verkehr zu stauen. Seltsam daran ist, dass die Polizei sich von Ort zu Ort völlig unterschiedlich verhielt. Einige Male ließ sie den Verkehr einfach weiterlaufen, einmal umdrehen und bereits mehrfach leitete sie den Verkehr weit vor dem Aktionsort ab und sperrte die Strecke erst, als alle Autos weggefahren waren, so dass kein Stau entstand. Kreativ zeigte sich die Polizei bei der Aktion in Bremen, als sie einen Unfall mit einer Schwangeren und ihrem Kleinkind erfand und in ihrer Pressearbeit lancierte. Die Lüge räumte die Polizei Tage später auch ein.

Start der Prozesse im Februar

Nun also laufen die Strafprozesse an mit Start am 1. Februar am Amts-

gericht Frankfurt. Einfach wird das nicht, da die Aktivist*innen die Autobahn formal nie betreten und auch nie mit der Polizei irgendwelche Absprachen getroffen haben. Diese handelte je nach Ort unterschiedlich, aber immer mit dem Ziel, die Aktion zu beenden. Mehrfach erkannten sie deren Versammlungscharakter sogar an und gingen entsprechend vor. Ob die Gerichte, die sich teilweise selbst für zuständig erklärten, obwohl die Aktion nicht in ihrem Gebiet lief, am Ende das Recht beachten oder nur Kapital- und Machtinteressen vertreten werden, wird sich zeigen. Die Angeklagten sind gut vorbereitet. Mehrere Gerichtsprozessstrainings fanden statt. Und auch weitere Aktionen sind geplant: »Wir werden uns nicht einschüchtern lassen – der Kampf gegen Klimawandel und das tägliche Sterben durch Autos und Straßen geht erst richtig los!«, heißt es aus dem Kreis der Beteiligten.

Links:
e-autos.siehe.website
autobahn.siehe.website

BUCHBESPRECHUNG

Ein Szenario, um unter 1,5 Grad zu bleiben

Die Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahrzehnte haben es immer wieder gezeigt: Die damit einhergehenden Einschränkungen des Konsums führten schnell und zuverlässig zu einer – freilich nur vorübergehenden – Reduktion der Treibhausgase. Könnten Konsumschränkungen auch aktiv und gezielt gegen die drohende Klimakatastrophe eingesetzt werden?

JÖRG SOMMER, HEIDELBERG

Eine Arbeitsgruppe des »Konzeptwerks Neue Ökonomie« aus Leipzig hat ein Rechenmodell entwickelt, welches prüft, ob das im Pariser Klimaabkommen von 2015 beschlossene Klimaziel von maximal 1,5 Grad globaler Erwärmung bis 2050 auch auf dem Weg der Konsumreduktion erreicht werden könnte. Dabei wird unterstellt, dass ab sofort keine neuen Atom-, Kohle- und Ölkraftwerke mehr gebaut werden und die vorhandenen nach Erreichen ihrer technischen Lebensdauer vom Netz gehen. Ferner wird angenommen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energiequellen in dem bisher konzipierten Tempo fortschreitet,

ebenso die technischen Maßnahmen zur Energieeinsparung wie die Gebäude-Isolation und die Effizienz-Steigerung von Geräten, Maschinen und Fahrzeugen. Auch eine moderate CO₂-Sequestrierung ist im Modell enthalten, das heißt die dauerhafte Einlagerung dieses Gases im Boden durch den Aufbau eines humushaltigen Ackerbodens. Auf Hochrisikotechnologien wie Geoengineering, das Einpressen von Kohlendioxid in tiefe Gesteins-Schichten (CCS) wird dabei verzichtet.

Der Schwerpunkt der Modellierung betrifft jedoch einige Schlüsselbereiche des Konsums, nämlich Land- und Luftverkehr, Wohnen und Ernährung. Für jeden Bereich wurden jeweils spezifische Reduktions-Szenarien angenommen und zwar nicht als »unkoordinierte Schrumpfung«, sondern als »Teil eines demokratisch gesteuerten, umfassenderen sozial-ökologischen Wandels« unter Vermeidung einer wirtschaftlichen Rezession und sozialer Härten. So wurde zum Beispiel vorausgesetzt, dass der straßengebundene Güterverkehr innerhalb des genannten

Zeitraums um 62 Prozent und der Personenverkehr um 37 Prozent zurückgeht, die durchschnittliche persönliche Wohnfläche um 25 Prozent und die Zahl großer Haushaltgeräte durch gemeinschaftliche Nutzung auf die Hälfte. Lebensmittel-Verschwendung und Überkonsum sollten reduziert werden, insbesondere der Fleischkonsum um 60 Prozent. Für die so genannten »Entwicklungsländer« werden fairerweise geringere Konsumreduktionen gefordert als für die Industriestaaten, für den bodengebundenen Güterverkehr wird sogar eine moderate Zunahme eingeplant. Insgesamt wird unterstellt, dass bis 2050 eine ungefähre Angleichung der Verbrauchsmuster im Globalen Norden und Süden erreicht sein wird.

Zusammen mit dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und der Verbesserung der Energieeffizienz würden diese Konsumschränkungen die globalen CO₂-Emissionen zwischen 2020 und 2050 um rund 72 Prozent senken. Damit kann das 1,5 Grad-Ziel globaler Erwärmung bis 2050 erreicht werden – das Hauptergebnis dieser Studie.

Etwas blauäugig erscheint mir allerdings die Behauptung, die anzustrebenden Konsumschränkungen seien so gewählt worden, dass eine Wirtschaftsrezession und soziale Härten vermieden würden. Bedenkt man, dass führende Ökonom*innen bereits ein einjähriges Null-Wachstum als Wirtschaftskrise bezeichnen, erscheint doch wohl die im Modell angestrebte fortschreitende Konsum- und damit Wirtschaftsschrumpfung als schwere Wirtschaftskrise. Dieser Aspekt wird allerdings nicht nur in der hier betrachteten Studie, sondern generell in der Degrowth-Debatte viel zu wenig beachtet. Wenn wir das Boot demolieren, in dem wir sitzen, sollten wir uns rechtzeitig nach einem rettenden Ufer umsehen.

Kai Kuhnnehn, Luis Costa, Eva Mahnke, Linda Schneider, Steffen Lange: A Societal Transformation Scenario for Staying Below 1.5° C, in: Heinrich Böll Stiftung (Hg.), Schriften zu Wirtschaft + Soziales, Band 23, Berlin 2020.

Deutsche Zusammenfassung und kostenloses pdf (in englischer Sprache) unter: <https://bit.ly/3m0b0hk>

ANZEIGE

graswurzel revolution

GWR 466
Februar 2022



Porträts aus dem Buch „Jain vergessen – Falschpfer rechter Gewalt in Deutschland nach 1945“

Illustration: metatus

Schwerpunkt:
KontinuiTATEN – Opfer
des Nationalsozialismus

Probeexemplar kostenlos:
www.graswurzel.net

LESEMENTOR KÖLN

1:1 den Spaß am Lesen entdecken

Lesen ist der Schlüssel zu mannigfaltigen Welten: nicht nur fantastische, sondern auch ganz profane »Tore« öffnen sich durch die Fähigkeit, Texte lesen und verstehen zu können. Der Bundesverband Mentor e.V. setzt sich darum deutschlandweit dafür ein, die Lesekompetenz von Schüler*innen aller Schulformen zu fördern und ihnen so einen besseren Start ins Leben zu ermöglichen. Wie das genau funktioniert, berichtet CONTRASTE am Beispiel von »Lesementor Köln«.

MARLENE SEIBEL, REDAKTION LÜNEBURG

Einmal die Woche für ein ganzes Jahr kommt ein*e Lesementor*in mit ihrem Lesekind zusammen, für eine Schulstunde in der Schule des Kindes. In dieser Zeit wird gemeinsam gelesen, eins zu eins. Das ist das Prinzip von Mentor.

Mitmachen können Kinder und Jugendliche im Alter von 8 bis 16 Jahren, die zum Beispiel keinen Spaß am Lesen haben oder die zu Hause nicht ausreichend Förderung oder Unterstützung erhalten. »Es können aber auch Kinder sein, die zum Beispiel sehr ruhig sind und von denen man annimmt, dass sie von einer solchen Bezugsperson wie einem*einer Lesementor*in profitieren können«, erzählt Susanne Budkova, Leiterin des Büros für Bürgerengagement der AWO Köln, einer der Trägerorganisationen des Kölner Lesementorvereins.

Welches Kind für eine Lesementorschaft infrage kommt, wird von den betreuenden Lehrkräften evaluiert. Sind das Kind und die Eltern einverstanden, kann ein Kennenlerntermin zwischen dem*der Ehrenamtlichen, dem Lesekind, der Koordination des Projekts an der Schule und zum Teil auch den Eltern vereinbart werden. Die Wünsche der Ehrenamtlichen hinsichtlich Einsatzort, Schulform und Zielgruppe, also ob Kinder oder Jugendliche, werden nach Möglichkeit von der AWO ebenfalls bei der Wahl der passenden Paarung berücksichtigt. Sind sich alle sympa-



▲ Die 1:1-Betreuung ist der Schlüssel zu nachhaltigem Leselerfolg.

Foto: AWO Köln

thisch, kann die Lesementorschaft beginnen.

»Für die Kinder ist es unglaublich wertvoll, zu wissen, dass da einmal in der Woche jemand nur für sie kommt«, sagt Susanne Budkova. »Jemand, der noch nicht einmal Geld dafür bekommt. Jemand, der nicht die Defizite sieht, sondern die Erfolge. Das macht ganz viel mit dem Selbstbewusstsein der Kinder.« So sei es auch nicht das Ziel des Vereins, dass die Kinder am Ende des Lesementorjahres perfekt lesen könnten; es gehe vielmehr darum, dass sie den Spaß am Lesen entdeckten.

Darum erfolgt auch die Auswahl der Literatur idealerweise gemeinsam zwischen Mentor*in und Lesekind und richtet sich nach den Interes-

sen des Kindes. Die Projektkoordinator*innen stellen bei Bedarf aber auch Listen mit Literaturtipps zur Verfügung.

Die Lesementor*innen nehmen ebenfalls viel aus ihrem Engagement mit: »Ich bekomme selbst so viel zurück«, sei eine der häufigsten Rückmeldungen der Ehrenamtlichen, sagt Susanne Budkova.

104 Vereine zählt der Mentor-Bundesverband mittlerweile. Über 13.000 Lesementor*innen engagieren sich deutschlandweit und fördern so über 16.600 Schüler*innen im Land. »In Köln gab es vor den Lockdowns etwa 620 Lesementor*innen«, erzählt Susanne Budkova. Durch Corona sei nun alles etwas schwieriger gewor-

den, da die Lesementor*innen für einige Zeit nicht an die Schulen kommen konnten. Einige Mentor*innen, die zur Risikogruppe gehören oder Angehörige in Risikogruppen haben, hätten außerdem ihre Mentor*innenschaft pausiert oder aufgegeben. »Einige Schulen konnten die Lesementorschaft aufgrund begrenzter Ressourcen ebenfalls nicht aufrechterhalten«, sagt Susanne Budkova. Im Herbst 2021 hätten sich aber viele neue Ehrenamtliche gemeldet, um sich als Lesementor*in zu engagieren. »Das brauchen wir gerade sehr«, sagt Budkova, »denn der Bedarf der Kinder und Jugendlichen ist auch mit Blick auf das Homeschooling gestiegen.«

Haupt-, Real- und Förderschulen sind die Schulformen, bei denen der Bedarf unter den Kindern und Jugendlichen am höchsten ist. Viele Ehrenamtliche präferierten die Arbeit mit Grundschulkindern, sagt Susanne Budkova. Darum sei zuletzt ein Schwerpunkt auf die weiterführenden Schulen gelegt worden. Gerade in Schulen, die in Bezirken liegen, die schlecht infrastrukturell angebunden seien, fehlten weiterhin engagierte Ehrenamtliche.

Vor Beginn der Mentorschaft müssen alle Lesementor*innen eine Einstiegsqualifizierung absolvieren. Diese wird von der VHS als ein- bis zweitägige Schulung angeboten. »Vermittelt wird zum Beispiel, welche Rechte und Pflichten ich im Ehrenamt habe und was ich etwa mit Blick auf Nähe und Distanz beachten muss, wenn ich gemeinsam mit einem Kind oder Jugendlichen lese«, sagt Susanne Budkova. Auch Tipps für das gelungene Gestalten einer Lesestunde bekommen die angehenden Mentor*innen in den Kursen an die Hand. An den außerdem angebotenen vertiefenden Qualifikationskursen können die Ehrenamtlichen freiwillig teilnehmen.

Um einen vorurteilsfreien Raum zu schaffen, kennen die Ehrenamtlichen oft nur den Vornamen des Kindes und wissen nichts über dessen familiären und sozialen Hintergrund. Oft avancieren die Lesementor*innen über das Lesejahr zur Vertrauensperson des Kindes und erhalten so auch einen Einblick in dessen familiäre Situation. Wenn es da etwas gibt, das den Lesementor*innen Sorge bereitet, können sie sich an die Lehrkräfte oder Schulsozialarbeiter*innen wenden, die sich dies Falls annehmen. »So können die Lesementor*innen weiterhin Lesementor*innen und Vertrauensperson für die Kinder bleiben«, sagt Susanne Budkova.

Links:

<https://www.lesementorkoeln.de>
<https://www.mentor-bundesverband.de>
<https://www.awo-koeln.de/buero-fuer-buerger-engagement/projekte.html>

RÜCKSCHAU AUF DIE ZEITSCHRIFT »ALTERNATIVE«

Theorie in einer journalistischen Form

Moritz Neuffer untersucht in seiner am Berliner Zentrum für Literatur- und Kulturforschung erstellten Dissertation die Zeitschrift »alternative«, die ab 1963 eine der wichtigsten Zeitschriften der neuen Linken werden sollte. Anfang der 70er wurden bis zu 10.000 Exemplare der charakteristischen roten A5-Hefte verkauft.

BERND HÜTTNER, REDAKTION BREMEN

Die »alternative« ist Teil jener großen Bewegung dieser Jahre, in der in Zeitschriften wie dem »Argument« (gegründet 1959), dem »Kursbuch« (ab 1965), dem »Kürbiskern« (1965 bis 1987), der »links« (1969 bis 1997) oder der »Ästhetik & Kommunikation« (ab 1970) die marxistische Theorie an die westdeutschen Universitäten kommt. Besonders an der »alternative« ist, dass sie zum einen einen literaturwissenschaftlichen Schwerpunkt hat, und zum anderen, dass sie mit Hildegard Brenner (geboren 1927) die einzige große Kulturzeitschrift ist, die – bis zum Ende – von einer Frau allein herausgegeben wird.

Thematisch widmet die »alternative« sich der Wiederaneignung intellektueller Archive des Marxismus der Zwischenkriegszeit (Benjamin, Brecht, Korsch, usw.), sowie darauf aufbauend der Theoretisierung geistiger Arbeit und der Frage nach deren Funktion im (Spät-)Kapitalismus. Sie ist auch eine der ersten Zeitschriften, die früh, bereits Ende der 1960er Jahre, die neuen Theorien des Strukturalismus und Poststrukturalismus

vor allem aus Frankreich, sprichwörtlich im doppelten Sinne, »übersetzt«. Zeitschriften waren oft schneller als die Verlage, entdeckten die theoretischen Innovationen früher, mussten dann aber die Texte selbst übersetzen. In den 1970ern widmete sich auch die »alternative« der Debatte über die Krise der Linken und über die durch die zweite Frauenbewegung aufgeworfenen Fragen zu Differenz-, Gleichheits- und sozialistischem Feminismus. Zwar löste in jenen Jahren, so Neuffer, der Begriff der »Erfahrung« den der »Praxis« ab, aber schon Mitte der 1970er wurde reflektiert, was es bedeute, wenn der Kapitalismus sich Phantasie und Sinnlichkeit längst als Bestandteile der vielzitierten Kulturindustrie einverleibt habe. So oder so, der Marxismus konnte keine Leittheorie mehr sein. Die Linke steckt in der »Krise des Marxismus« fest.

Die Zeitschrift ist, so Neuffer, Akteurin und Chronistin der Geistesgeschichte von »1968« zugleich. Er erzählt diese Geschichte relativ detailliert nach und reflektiert immer wieder die Form, bzw. das Format der »Zeitschrift« selbst. Er blickt auch auf vergleichbare Zeitschriftenprojekte

der neuen Linken in Großbritannien, Frankreich und Italien. Auch dort sind wichtige Intellektuelle ebenso häufig ZeitschriftenmacherInnen.

Neuffer widmet sich den vielfältigen intellektuellen Verweisen und Bezugnahmen der Zeitschriften, die einen Diskursraum schaffen, aber auch oftmals Distanzgesten sind. Er dringt auf der Basis einer umfangreichen Überlieferung aus dem Redaktionsarchiv der »alternative« und aus dem Vorlass von Hildegard Brenner tief in die Theorieaneignung ein, widmet sich aber auch den mitunter großen Differenzen und Rivalitäten innerhalb der Redaktion. So werden Gerichtsprozesse mit Verlagen geführt und auch die Streitigkeiten innerhalb der Redaktion sind teilweise sehr scharf. Die 1940 geborene Helga Gallas etwa zieht sich 1974 nach fast zehn Jahren resigniert zurück, lehrt aber noch als Professorin bis 2005 an der Universität Bremen. Dort lehrte seit 1971 auch Brenner, die sich aber bald beurlauben lässt und sich nach dem Ende der Zeitschrift aus der Öffentlichkeit zurückzieht.

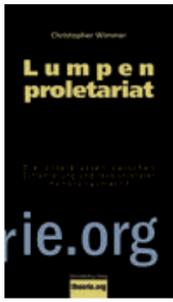
Neuffer geht immer wieder auf das Medium »Zeitschrift« ein und theore-

tisiert dieses. Er debattiert, ob Zeitschriftenredaktionen als Gruppen und ob Zeitschriftenprojekte als Ausdruck einer »Generation« angesehen werden können. Er fragt sich, was das Publizieren in der »journalistischen Form« der Zeitschrift von anderen Formen des Denkens und Schreibens unterscheidet. Für ihn ist die »alternative« ein Beispiel für vielgliedrige Netzwerke, aber auch für interne Verfestigung und Isolation (S. 366). In länger existierenden Zeitschriften fielen dann »Rezeption und Produktion [von Theorie] in eins«. Nach ihrem Ende werden solche Zeitschriften selbst zu Archiven und auch diese Nachgeschichte, etwa in autobiographischen Rückblicken ehemaliger Beteiligten, ist Gegenstand dieses ebenso fundierten wie lesenswerten Buches. Die »alternative« erinnert in ihrem avantgardistischen Habitus wie in ihrer Rigidität zuweilen an die feministische, von 1976 bis 1987 erschienene »Schwarze Botin« (vgl. die Rezension in CONTRASTE Februar 2021, Seite 15).

Moritz Neuffer: Die journalistische Form der Theorie. Die Zeitschrift »alternative«, 1958-1982, Wallstein Verlag, Göttingen 2021, 415 Seiten, 36 Euro

ANZEIGE

GESCHICHTE DES LUMPENPROLETARIATS



In der Literatur werden sie oft als »Vagabunden« oder »Pöbel« bezeichnet, die Angehörigen des Lumpenproletariats. Schon bei Karl Marx werden sie nicht ökonomisch oder klassentheoretisch bestimmt, sondern in moralischen Kategorien beschrieben. Sie sind primär nicht Subjekte (ihrer Geschichte), sondern werden als Objekte der Verachtung und Abwertung, wie auch der Erziehung, wenn nicht Disziplinierung beschrieben. Diese Haltung zieht sich hin bis zu Lichtgestalten der Linken, wie Antonio Gramsci oder Rosa Luxemburg. Dies zeigt das aktuelle Buch Christopher Wimmers zum Thema sehr anschaulich.

Marx hatte Mitte des 19. Jahrhunderts das Lumpenproletariat als bestechliche und deswegen dann für den Klassenkampf doch wichtige Schicht beschrieben. Dem »Pöbel« wurde in der Arbeiterbewegung jahrzehntlang, schon im Frühsozialismus, das Proletariat als bewusste, ehrenvolle Klasse gegenübergestellt, die ihre historische Mission »standhaft und sittlich« verrichte. Dies lag nicht zuletzt daran, dass die Parteien der Arbeiterbewegung ebenso wie die Gewerkschaften aus »aufstiegsorientierten«, gut ausgebildeten und Facharbeitern bestanden. Der SPD war durch ihren Klassenstolz die Verachtung »der anderen« sozusagen eingeschrieben. Die SPD stand, so Wimmer, zum Beispiel nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs 1918 nicht an der Seite der Revolution und der aufbegehrenden Massen, sondern auf der Seite der Ordnung und des autoritären Staates.

Nicht nur im sozialdemokratischen Zeitalter des endenden 20. Jahrhunderts ist die Frage des »Lumpenproletariats« und des politischen Umgangs mit ihm mit der nach der Bedeutung von Lohnarbeit verbunden: Ist Lohnarbeit oder die Existenz an sich die zentrale identitätsstiftende Kategorie im Leben eines Menschen?

Zum Ende seines spannenden Buches stellt Wimmer einige Ansätze vor allem aus der Zeit nach 1960 vor, das Lumpenproletariat neu zu theoretisieren: die Randgruppenstrategie der neuen Linken, den Operatismus mit seiner Debatte um den Massenarbeiter, aber auch die Debatte um Kolonialismus und die rassistische Segmentierung von Gesellschaften (Frantz Fanon, Black Panther in den USA). Wimmers Buch bietet eine Begriffs- und auch eine Bewegungsgeschichte des Lumpenproletariats bis hin zur Erwerbslosenorganisation der KPD oder der Debatte um die Bohème. Dass er an einigen wenigen Stellen in eine Romantisierung verfällt, sei verziehen, denn er hat in der Linken minoritäres Wissen gut aufbereitet und zusammengefasst.

Aktuelle Anknüpfungspunkte bietet dieses (historische) Thema dahingehend, dass die Gewerkschaften heute vor der Herausforderung stehen, eine multinationale, prekarierte Arbeiterklasse zu organisieren, wenn Stammbelegschaften immer weiter abschmelzen und Aufstände zu Streiks als sichtbarer Kampfform hinzutreten.

Bernd Hüttner

Christopher Wimmer: *Lumpenproletariat. Die Unterklassen zwischen Diffamierung und revolutionärer Handlungsmacht*, Schmetterling Verlag, Stuttgart 2021, 170 Seiten, 12 Euro

SEITEN DER MEDAILLE



Die digitale Diskussionsreihe »Corona und linke Kritik(un)fähigkeit«, die von Dezember 2020 bis Juni 2021 stattfand und sich vor allem mit der Rolle der Linken im Rahmen der Corona-Krise befasste, bildet den Ausgangspunkt für den vorliegenden gleichnamigen Sammelband der Veranstalter*innen und Herausgeber*innen Gerhard Hanloser, Peter Nowak und Anne Seeck.

»Ist die gesellschaftliche Linke staatstreu geworden?« war dabei eine der Leitfragen, die die Herausgeber*innen zu der Veranstaltungsreihe bewegte. In insgesamt 35 Beiträgen von Autor*innen diverser Hintergründe befasst sich der Band zunächst mit der Spaltung der Linken während der Lockdowns, diskutiert dann Verlierer*innen und Gewinner*innen der Krise und schließt mit Aufsätzen über Medizin als Politikum und soziale Kämpfe in der Pandemie. Inhaltsverzeichnis und Gliederung legen den Eindruck eines umfassenden Gesamtbeitrags zu einer Debatte nahe, deren Medaille mehr als zwei Seiten hat, die aus unterschiedlichen Gründen selten in der breiten Öffentlichkeit oder in den meisten linken Szenekreisen diskutiert werden: So kritisiert Gerhard Hanloser in seinem Beitrag »Corona-Rebellen«, Linke und Antifa« etwa die Stigmatisierungen der Linken gegenüber den Corona-Demonstrant*innen, die letztere als ausschließlich rechts einstuften. Andreas Benkert erörtert in seinem sehr ausgewogenen persönlichen Bericht »Keine Angst!«, warum er als Antifaschist trotzdem Lockdown-Gegner sein könne. In »Malen nach Zahlen« versucht Antifaschist und Arzt Michael Kronawitter Ordnung in das Inzidenzenwirrwarr zu bringen. Der KLARtext-Verein analysiert die Profiteur*innen des Lockdowns und Andreas Wulf kritisiert die Ungleichverteilung der Impfstoffe durch das weiterhin geltende Patentsystem.

Viele wichtige Themen (zu Unrecht) wenig beachtete Positionen werden in »Corona und linke Kritik(un)fähigkeit« nachgezeichnet. Einige Texte sprechen dabei aus einem sehr persönlichen und darum auch in der Regel gut nachvollziehbaren Standpunkt heraus. So manchem Text hätte indes ein umfangreiches Lektorat gut getan. Zahlreiche Rechtschreibfehler und ein nicht immer erkennbarer roter Faden behindern den Lesefluss und machen es schwer, mancher Argumentationslinie zu folgen. Einige Aufsätze scheinen für sich leider einen allgemeinen Wahrheitsanspruch geltend machen zu wollen, wie er von vielen anderen (sozial-)medialen Publikationen mit anderer Meinung über das Coronavirus ebenfalls proklamiert wird. Das ist wohl die größte Schwäche dieses Buches, so wie es auch die größte Schwäche der gesamten Debattenkultur dieser Krise ist. So ist das Ansinnen der Herausgeber*innen ein begrüßenswertes, das Ergebnis allerdings ein ausbaufähiges.

Marlene Seibel

Gerhard Hanloser, Peter Nowak, Anne Seeck (Hg.): *Corona und linke Kritik(un)fähigkeit. Kritisch-solidarische Perspektiven »von unten« gegen die Alternativlosigkeit* » von oben «, AG SPARK Bücher, Neu-Ulm 2021, 239 Seiten, 19 Euro

KAMPF GEGEN DIE ARBEIT



»Ich hatte schon Wochen, in denen sich jeder Traum um die Arbeit drehte. Das ist das Problem im Kapitalismus: nicht nur den Schaden, den er den Arbeiter*innen und Patient*innen zufügt, sondern, dass seine Hölle verweilt, in unsere Träume eindringt und sie entwürdigt.« So beschreibt der Krankenpfleger Scott Nikolas Nappalos, wie ihn seine Lohnarbeit bis in den Schlaf verfolgt.

Veröffentlicht hat er seine Erfahrungen auf der Online-Publikation Recomposition, die von Mitgliedern der in den USA und Kanada aktiven Basisgewerkschaft Industrial Workers of the World (IWW) einige Jahre betrieben wurde. Dort konnten die Beschäftigten ungefiltert über ihren Arbeitsalltag schreiben, über den Frust und die Langeweile, aber auch über Beispiele von Solidarität unter den Kolleg*innen. Eine Sammlung der Texte wurde kürzlich im Verlag »Die Buchmacherei« herausgegeben. 23 Autor*innen, viele mit Alias-Namen, kommen in dem Buch zu Wort. Einige schufteten in der Fastfood-Branche, andere sind LKW-Fahrer*innen, Postangestellte, arbeiteten im Pflegebereich, im Bioladen oder als Lehrer. Das Buch ist in die drei großen Kapitel Widerstand, Zeit sowie Schlaf und Träume aufgeteilt.

Am Schluss des Buches diskutieren die Herausgeber*innen mit den ehemaligen Verantwortlichen von Recomposition. »Man lernt aus seinen Niederlagen genauso wie aus seinen Erfolgen«, erklärte die IWW-Aktivistin Marianne. Beklagt wird auch, dass viele aktive Lohnabhängige ihre eigene Geschichte nicht aufschreiben, weil sie sie für zu unwichtig halten. Darauf erwidern die Macher*innen von Recomposition: »Die Kapitalisten schreiben unsere Geschichte nicht auf. Sie werden es niemals tun.«

Besonders eindrucksvoll ist die Klage über durch die entfremdete Lohnarbeit vergeudete Lebenszeit, die in vielen Beiträgen eine wichtige Rolle spielt. So beschreibt Pablo Barbanegra die permanente Schlaflosigkeit eines Lehrers, der sich im Unterricht bemüht, die Leidenschaft der Schüler*innen zu fördern und dafür viel Vorbereitungszeit braucht. Im Personenverzeichnis erfährt man, dass Barbanegra eine Pause vom Lehrerberuf macht. Es gibt in dem Buch viele Texte, die von Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung geprägt sind ohne einen Hauch von Solidarität. So schreibt »der Unsichtbare« einen Essay über einen pakistanischen Journalisten, der sich für Menschenrechte in seinem Land einsetzte, dafür verfolgt wurde und in Kanada Asyl beantragte. Weil die konservative kanadische Regierung unter Stephan Harper mit einer Anti-Asyl-Rhetorik Wahlen gewinnen will, wurde der alte Journalist plötzlich zur Gefahr erklärt und ausgewiesen.

Gewidmet haben die Herausgeber*innen das Buch allen Kolleg*innen, die in ihrer Praxis Feminismus, Antirassismus und Klassenkampf verbinden.

Peter Nowak

Mark Richter, Levke Asyr, Ada Amhang, Scott Nikolas Nappalos (Hg.): *Spuren der Arbeit. Geschichten von Jobs und Widerstand*, Verlag Die Buchmacherei, Berlin 2021, 260 Seiten, 14 Euro

KLIMASOZIALE POLITIK



Häufig wird die Forderung vorgebracht, Klimapolitik müsse »sozial abgefedert« werden. Die Autor*innen dieses Buches drehen die Frage um. Sie fragen »wie durch Klimapolitik eine sozial gerechtere Gesellschaft erreicht werden kann« und widersprechen damit der Sichtweise, dass Klima- und Sozialpolitik einander entgegenstehen. Im Gegenteil: Sie loten »das Potenzial von Klimapolitik als Instrument für eine sozial fortschrittliche und emanzipatorische Gesellschaft« aus. Denn: »Klimaschutz ist vorsorgende Sozialpolitik.«

Das Buch enthält eine Sammlung von Aufsätzen verschiedener Autor*innen, die mit einem Blick auf den Ist-Zustand, die aktuelle Emissionslage, Klimapolitik und Klimabewegung in Österreich beginnt. Anschließend werden vier grundsätzliche Möglichkeiten von Klimapolitik jeweils mit Beispielen beschrieben: Regulierung, ökonomische Anreize, ermöglichende Gestaltung wie Infrastruktur und öffentliche Güter, und viertens, Information. Den Großteil des Buches machen Beiträge mit Politikvorschlägen zu verschiedenen Wirtschaftssektoren und Gesellschaftsbereichen aus, wie Geschlechtergerechtigkeit, Migration, Armut, Gesundheit, Pflege, Wohnen, aber auch Arbeit, Steuerpolitik, Handelspolitik oder das Finanzsystem. Für all diese Bereiche werden Maßnahmen vorgeschlagen, die die soziale Gerechtigkeit stärken, Ungleichheit reduzieren und gleichzeitig zur Erreichung der Klimaziele beitragen.

Die einzelnen Kapitel sind mit viel Fach- und Detailwissen geschrieben. Da es sich um jeweils in sich abgeschlossene wissenschaftliche Aufsätze handelt, die auch für sich alleine stehen können, kommt es immer wieder zu Redundanzen, hier hätten die Herausgeber*innen noch Einiges straffen können. Vieles ist nicht neu, durch die geänderte Fragestellung kommt es aber durchaus zu überraschenden Erkenntnissen oder kreativen Lösungsvorschlägen. Und durch die umfassende Zusammenschau einer Fülle von Politikinstrumenten wird klar: Klimapolitik ist eine Querschnittsmaterie, ein »Klimaministerium« kann es nicht richten, es ist eine große Zahl von Schrauben, an denen gedreht werden muss.

Die Vorschläge sind einleuchtend und nachvollziehbar, trotzdem ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie umgesetzt werden, gering. Es werden zwar neue Institutionen auf europäischer und nationaler Ebene für den »Klima-Sozialstaat« gefordert, es sind jedoch nicht fehlende Institutionen, sondern gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, die einer wirkungsvollen Klimapolitik entgegenstehen und diese Machtverhältnisse werden in dem Buch nicht angesprochen. So bleibt es vor allem eine Sammlung guter Ideen, ohne Antworten zu suchen, wie diese Realität werden könnten – aber das wäre dann vermutlich ein anderes Buch geworden.

Brigitte Kratzwald

Armutskonferenz, Attac, Belgewum (Hg.): *Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten*; bahoe books, Wien, 276 Seiten, 17 Euro

LEIPZIG: 30 JAHRE CONNE ISLAND



Das linke Zentrum »Conne Island« existierte 2021 in Leipzig seit 30 Jahren. In diesem größten und vermutlich wichtigsten linken Ort in der Stadt, wenn nicht in ganz Sachsen, haben sich in diesem Zeitraum hunderte von Personen engagiert, im Moment sollen es um die 150 sein. Dieses Buch versucht anhand von 20 persönlichen, auf Interviews beruhenden Geschichten, deren Vielfalt an Motivationen, Zugängen und Perspektiven abzubilden.

Die Leserin erwartet in den Texten ein breites Spektrum an Erfahrungen und Hintergründen. Erlebten einige noch das Punk-Sein in der DDR vor 1989, wurden andere in der westdeutschen Provinz geboren und zogen erst sehr viel später nach Leipzig. Andere sind von der jahrelangen Nutzung und Gestaltung des Skate-Parks auf dem Gelände geprägt, wieder andere berichten von den ausdifferenzierten, aber oft umso schärfer mündlich und schriftlich ausgetragenen politischen Debatten (Stichwort: »Antideutsche«). Das Buch erzählt von den Anfangszeiten des »Conne Island« in den 90ern, als den Nazis auch mal »einen auf den Gong gegeben« wurde, wenn diese das Zentrum angriffen – oder wie es sich anfühlt, als einzige Schwarze auf einem Hardcore-Konzert zu sein. Eine DJ erzählt, dass sie ohne das Conne Island nie auf die Idee gekommen wäre, selbst aufzulegen, und was das mit aktuellem Feminismus zu tun hat; eine politische Aktivistin berichtet, warum sie dem Ort den Rücken gekehrt hat.

Es ist also kein objektiver Überblick. Das Buch zeichnet aus persönlicher Sicht Debatten und Diskussionen der letzten Jahre fragmentarisch nach und blickt damit auf subkulturelle und linksradikale Lebensläufe und Prägungen in Ost- und Westdeutschland. Es möchte auch den vieldiskutierten Dialog zwischen den Generationen anregen und fördern. Immer wieder rückt auch die sich wandelnde Rolle des Zentrums für den Stadtteil Connewitz und Leipzig insgesamt in den Blick. Die kleiner werdende Bedeutung kommt nicht zuletzt daher, dass es nun, im Unterschied zu den 1990ern, viele andere Orte für Politik und Subkultur in Leipzig gibt.

Eher zwischen den Zeilen ist auch von Burnout zu lesen, und davon, dass viele qua Alter auch aus der von ihnen lange ausgefüllten Rolle oder gar dem Ort insgesamt herauswachsen.

Ein spannendes Buch, dem allerdings einige analytische Gedanken, etwa zur Aufwertung von Leipzig, gut getan hätten. 2011 erschien im Verbrecher Verlag mit »20 YRS. Noch lange nicht Geschichte« bereits ein erster, mittlerweile vergriffener Band zum 20. Jubiläum des »Conne Island«.

Bernd Hüttner

Conne Island (Hg.): *Auf dem Klo habe ich noch nie einen Schwan gesehen. Erinnerungen aus 30 Jahren Conne Island*; Verbrecher Verlag, Berlin 2021, 280 Seiten, 20 Euro

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

THEATER

Die Berufung

24. & 25. Februar, 19.30 Uhr
(Wien)

Gesellschaft und Demokratie werden nicht von denjenigen zerstört, die sie brennen sehen wollen, sondern von denjenigen, die sie nicht ausreichend verteidigen. Aber wie? Per Flaschenpost hat das Theaterkollektiv Markus&Markus in Deutschland einen Suchauftrag gestreut, um Menschen zu finden, die dem omnipräsenten Hass etwas entgegenzusetzen. Diese haben sie mit ihrer Kamera besucht und sind bei ihnen in die Lehre gegangen. Eine hoffnungsvolle Reise quer durch Deutschland.

Ort: WUK,
Währinger Straße 59,
1090 Wien
Info: <https://bit.ly/3txuTkj>

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Darmstädter Tage der Transformation

14. bis 18. März
(Darmstadt)

Mit den Darmstädter Tagen der Transformation wird die Diskussion über die sozial-ökologische Transformation sowie transformative Forschung fortgesetzt. Die Teilnehmer*innen beschäftigen sich unter anderem mit folgenden Fragen: Wie dürfen wir in Zukunft wohnen? Wie kann eine resiliente Infrastruktur entwickelt werden? Welchen Beitrag können transformative und transdisziplinäre Forschungsvorhaben leisten, um die Transformation in Richtung nachhaltiger Entwicklung zu unterstützen? Welchen Beitrag können regionale Versorgungsnetzwerke und Wertschöpfungsketten leisten? Welchen Stellenwert hat

Kultur in der Transformationsdebatte?

Ort: Schader-Forum,
Goethestr. 2,
64285 Darmstadt
Info: <https://bit.ly/33vC02D>

SEMINAR

Im Schatten von »Arm und Reich«

11. bis 15. April
(Kochel am See)

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist im Verlauf der Pandemie immens gestiegen. Global besitzen die acht reichsten Personen/Konzerne zusammen genauso viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung – Tendenz steigend. Vermögens- und Einkommenszuwächse kommen vor allem Reichen zugute. Die Folge: Ungleichheit bedroht die Stabilität und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft bedroht. Das Seminar sucht nach Ursachen und Hintergründen dieser Entwicklung. Dabei wird auch analysiert, welche Auswirkungen die Corona-Krise bei uns in Deutschland, aber auch global auf diese sozialen Fragen hat.

Ort: Georg-von-Vollmar-Akademie,
Am Aspensteinbichl 9-11,
82431 Kochel am See
Info: <https://bit.ly/3tDtcCl>

KONFERENZ

Gewerkschaften und Machtressourcen in Transformation

29. & 30. April
(Jena)

Soziale und ökologische Nachhaltigkeitsziele verlangen einen tiefgreifenden Wandel der vor-

herrschenden Produktions- und Lebensweisen. Damit verbunden sind zahlreiche Macht- und Interessenskonflikte, in denen auch die Gewerkschaften ihre Rolle neu bestimmen müssen.

Ziel der Konferenz ist es, Forschungsergebnisse vorzustellen, aber auch Leerstellen des Machtressourcenansatzes zu benennen. Geklärt werden soll, ob eine auf die aktuellen Herausforderungen zugeschnittene Reformulierung und Erweiterung des Machtressourcenansatzes geboten ist. Neue Allianzen wie Bündnisse von Klimabewegungen und Gewerkschaften werden ebenso Thema sein wie die internationale Frauenstreikbewegung, Arbeitskonflikte im Reproduktionssektor oder der sozial-ökologische Umbau wichtiger Branchen wie etwa der Auto- und Zulieferindustrie.

Ort: Rosensäle,
Fürstengraben 27,
07743 Jena
Info: <https://bit.ly/3KIROPs>

FESTIVAL

re:publica 22

8. bis 10. Juni
(Berlin)

Die letzten Worte, die im vorpan-demischen Miteinander der re:publica 2019 fielen, waren: »Any Way The Wind Blows!«, die Schlusszeile aus »Bohemian Rhapsody« von Queen. Diese Zeile beschreibt den Zufall und das Leben in seiner Unberechenbarkeit und passt so auch als inhaltliches Motto perfekt. All die Themen, die uns brennend beschäftigen kann kein Wind fortblasen und wir werden uns ihnen auf der rp22, dem Festival für Netzpolitik, Digitalkultur und digitale Gesellschaft, stellen. Die Teilnehmer*innen der re:publica bilden einen Querschnitt unserer (digitalen) Gesellschaft. Zu

ihnen gehören Vertreter*innen aus Wissenschaft, Politik, Unternehmen, Hackerkulturen, NGOs, Medien und Marketing sowie Blogger*innen, Aktivist*innen, Künstler*innen und Social Media-Expert*innen.

Ort: Arena Berlin & Festsaal
Kreuzberg
Info: <https://bit.ly/3rx28ly>

GEMEINSCHAFT

Interkommune-Seminare

Juni, September und Oktober
(Kassel)

Um das Netzwerk der Kommunen in der Region Kassel kennenzulernen, entstand das gemeinsame »Interkommune-Seminar«. Das Seminar findet jedes Jahr an drei bis vier verschiedenen Orten statt und stellt das Kommune-Leben am Beispiel dieser Gruppen vor. An einem langen Wochenende lernen die Teilnehmer*innen alle sechs Kommunen kennen. So können die Gemeinsamkeiten der Gruppen, ihre unterschiedlichen Schwerpunkte und individuellen Wege betrachtet werden. In dem Seminar werden die Themen Gemeinsame Ökonomie, Konsens, Ökologie, Kommunikation, Arbeit bzw. Tätigkeit sowie das linke Politikverständnis behandelt. Im Jahr 2022 sind folgende Termine geplant:

- 9. bis 12. Juni:
gASTWERKE,
Escherode
Anmeldeschluss: 29. Mai
Anmeldung:
iks@gastwerke.de
Info: <https://bit.ly/3nx0QGa>
- 15. bis 18. September:
Kommune Lossehof,
Oberkaufungen
- 6. bis 9. Oktober:
Gemeinschaft Lebensbogen,
Zierenberg

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Anfragen: info@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTION BERLIN:
Ulrike Kumppe
ulrike.kumppe@contraste.org

REDAKTION BREMEN:
Bernd Hüttner (Rezensionen)
bernd.huettner@contraste.org

REDAKTION ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
johannes.dietrich@contraste.org

REDAKTION FREIBURG:
Burghard Flieger (Genossenschaften)
☎ (07 61) 70 90 23
genossenschaft@t-online.de

REDAKTION GÖTTINGEN:
Kai Böhne (Anzeigen)
kai.boehne@contraste.org

REDAKTION HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
hh.kunath@web.de

REDAKTION KASSEL:
Regine Beyß
regine.beyss@contraste.org

REDAKTION KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 58 38 900
heinz.weinhausen@contraste.org

Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
ariane.dettloff@contraste.org

REDAKTION LÜNEBURG:
Marlene Seibel
marlene@marlenseibel.de

REDAKTION SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
ulifrank@unverdient.de

REDAKTION STUTTGART:
Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
peter.streiff@netz-bund.de

REDAKTION VERDEN:
Uwe Ciesla
kontakt@finkenburg.info

REDAKTION GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
brigitte.kratzwald@commons.at

REDAKTION KLAGENFURT:
Hans Wieser (Termine)
hans.wieser@contraste.org

ANZEIGEN
Kai Böhne
anzeigen@contraste.org

ABOVERWALTUNG
Eva Schmitt
abos@contraste.org

BILDREDAKTION
Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT
Eva Sempere
layout@contraste.org

TERMINE
Hans Wieser
termine@contraste.org

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
<https://netz.coop>
webmaster@contraste.org

DRUCK
Freiburger Druck GmbH und Co KG

Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung
Twitter: [@contraste_org](https://twitter.com/contraste_org)
Mailingliste: <https://lists.contraste.org/sympa/info/contrasteliste>

LESER*INNENBRIEF

»Es gibt Widersprüche, und sie sind viele.«

Liebe Leser*innenschaft,

wenn wir über die Revolution in Rojava schreiben, ist uns bewusst, dass wir eine widersprüchliche Situation einzufangen versuchen. Unser Ansatz ist es, mit den Menschen selbst zu sprechen. Das bedeutet unter Umständen, dass die Kriegsbedrohungen und die wirtschaftliche Lage drängender erscheinen als die Zusammenarbeit mit den US-Truppen. Wie verteidigt man sich in der Region auf ethisch-menschlicher Grundlage, zumal, wenn, wie richtigerweise im Leserbrief (von Gottfried Tonhauser-Kausch, Januar-Ausgabe, Anm.d.Red.) hingewiesen wird, imperiale Staaten gegenüber dem Angriffskrieg schweigen oder ihn aktiv unterstützen? Mit wem arbeitet man zusammen und warum? Es gibt Widersprüche, und sie sind viele. Sie sind Teil der Revolution als gesellschaftlicher Wandlung und Selbstverteidigung. Das anzuerkennen und dennoch an der Möglichkeit zur Befreiung der Gesellschaft festzuhalten, ist eine der größten Stärken dieser Revolution. Es gibt eine Zusammenarbeit mit den USA, denn was wäre die Alternative? Sie spielen kurz gesagt die Rolle eines taktischen Bündnispartners, auf den man angewiesen ist, wenn man die Menschen vor Angriffen schützen will.

Der Umgang mit Widersprüchen und die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist unter anderem der Grund für den Paradigmenwechsel, den die kurdische Bewegung innerhalb der letzten 20 Jahre vollzogen hat. Der Demokratische Konföderalismus ist das Fazit dieser Erfahrungen und stellt Basisdemokratie, Ökologie und Geschlechterbefreiung ins Zentrum. Es ist richtig, dass es linken Kräften in Deutschland schwer fällt, Widersprüche auszuhalten. Der Demokratischen Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien können wir das allerdings schwerlich vorwerfen.

Es sei noch angemerkt: Mit den betroffenen Menschen selbst zu sprechen, würde auch bedeuten, dass man falschen Behauptungen wie zum Beispiel, es gäbe ein gegen den Willen der Frauen durchgesetztes Zölibat, nicht aufsitzt. Wir regen an, in ausführlicheren Publikationen weiterzulesen, wie dem Buch »Wir wissen, was wir wollen – Frauenrevolution in Nord- und Ostsyrien«, oder sich auf der Nachrichtenseite anfddeutsch.com zu informieren.

Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden

ANZEIGEN

JW Shop

Jetzt erhältlich!

Stefan Siegert
Karl Marx geht um.

Dieses Buch führt in die Gedankenwelt des genialen Wissenschaftlers Karl Marx ein, wobei die wunderbaren Zeichnungen von Stefan Siegert nicht nur für ein hohes Maß an Anschaulichkeit sorgen, sondern auf spezifische Weise zum weiteren Studium anregen. Dargestellt werden aber auch die prekären Verhältnisse, unter denen Marx sein Werk in die Welt setzen musste.

Verlag 8. Mai GmbH, 164 Seiten, 19,90 Euro

Jetzt bestellen unter jungewelt-shop.de

Halten Sie Menschenrechte und Umweltschutz für Standortnachteile, die beseitigt werden müssen? Dann werden Sie in Ossietzky keine Bestätigung finden.

Der Kapitalismus hat keinen Respekt vor Grenzpfählen, Landesfarben und nationalen Ideologien. Vor letztern am wenigsten, denn er bezahlt ja meistens ihre Erfinder. Carl von Ossietzky in *Die Weltbühne*, 17. Februar 1931

alle zwei Wochen neu

Halten Sie globale Verantwortung für einen militärischen Auftrag, den die Bundeswehr zu erfüllen hat? Dann wird Ihnen Ossietzky nicht zusagen.

Diese geistige Militarisierung, der fast alle Parteien hemmungslos unterliegen, ist unsittlich, verabscheuenswert und infam. Sie wird ihre blutigen Früchte tragen – und auch das nächste Mal wird niemand, niemand schuld sein.

Kurt Tucholsky 1927

www.ossietzky.net

Glauben Sie daran, dass Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert werden müssen, damit die Unternehmer viele neue Arbeitsplätze schaffen? Wenn Sie diesen Glauben nicht verlieren wollen, dürfen Sie keinesfalls Ossietzky lesen.

Wenn schon gespart werden soll, dann möge man bei Militär und Marine anfangen, anstatt deren weitere Hypertrophie auf Kosten des Sozialletats zu dulden.

Carl von Ossietzky in *Die Weltbühne*, 17. Dezember 1929

Kleinanzeigen

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor. Bitte schicken eure Anzeigentexte an:

koordination@contraste.org

KLEINANZEIGE

Arbeit im Waldgarten

FÖJ- & BFD-Stellen frei im Waldgarten in Verden. Wissenschaft, Teamarbeit, Praxis in Nieselregen & sengender Sonne. Ergänzendes ALG2 oft möglich zum schmalen Taschengeld.

Mehr Infos: allmende.bplaced.net

Projektgründung in Meck-Pomm

mutige Menschen mit Ideen gesucht: Gärtner*Innen, Aktivistis, Herzis, Clowns etc. viele Möglichkeiten.

Kontakt: buchholz@riseup.net